In Holland: Einzelnummer 12½ cts.

Freie Presse

WOCHENBLATT FÜR GEISTIGE UND POLITISCHE FREIHEIT

NUMMER 13 AMSTERDAM 7. OKTOBER JAHRGANG 1933

Dollfuss, Hitler oder . . . . ?

Die Kampf-Fronten in und um Oesterreich

Wie die Wiener Sozialdemokraten das österreichisch-deutsche Problem sehen

Unser Wiener Mitarbeiter hatte Gelegenheit, mit einem prominenten Führer der österreichischen Sozialdemokratie, dessen Name auch im Auslande Klang hat, über die brennendsten Fragen des vom Faschismus bedrohten Landes zu sprechen. Wir geben im Folgenden diese Unterredung wieder.

„Für uns Österreicher hat die innerpolitische Entwicklung in den letzten Wochen die Frage etwas zurückgedrängt, die das Ausland vor allem am österreichischen Problem interessiert. Ich meine die Gefahr eines deutschen Überfalls auf unser Land. Halten Sie ihn heute noch für wahrscheinlich?"

Einen richtigen Überfall Deutschlands eigentlich nicht. Wohl aber ist die Möglichkeit von Teilrevolten der österreichischen Hakenkreuzler in ihren Hautgebieten, etwa Salzburg, Oberösterreich und Kärnten, durchaus gegeben, wobei die in Bayern aufgestellte „Österreichische Legion" vermutlich nicht untätig bleiben würde. Das wird aber natürlich von Hitlers allgemeiner aussenpolitischer Konzeption abhängen".

„Glauben Sie nicht, dass unter Umständen auch ohne, ja gegen Hitlers Willen ein solcher Überfall von seinen Unterführern angezettelt werden könnte?"

„Das halte ich gegenwärtig nicht für wahrscheinlich. Höchstens gegen den Willen Neuraths. Wohl aber würde sich die deutsche Regierung dem Auslande gegenüber im Falle eines solchen Konfliktes einiger Sündenböcke bedienen, um ihren wirklichen Einfluss auf die Aktionen der österreichischen Hakenkreuzler zu tarnen."

„Wie würde sich wohl die österreichische Regierung im Falle eines solchen Zusammenstosses verhalten?"

„Man hat bisher vor allem mit der Möglichkeit eines Einbruchs in Tirol gerechnet und, dem Drängen der lokalen Behörden entsprechend, die verfügbaren Truppen vor allem dort zusammengezogen. Das halte ich für einen Fehler, da die Nationalsozialisten im gegebenen Fall viel eher in Salzburg und Oberösterreich einbrächen, wo sie verhältnismässig leicht die einzige Verbindungsstrecke nach den westlichen Bundesländern abschnüren können. Überdies würden in diesem Falle die italienischen Streitkräfte, die für den Fall eines Eingriffs der Nazis in Tirol in einer Stärke von etwa einem Armeekorps südlich des Brenners bereit stehen, schwerlich eingesetzt werden, da ja die italienischen Grenzinteressen nicht unmittelbar bedroht wären."

„Wird nun der Staatsapparat der Regierung gegen eine nationalsozialistische Erhebung, welche Form immer sie annehmen möge, verlässlich zur Verfügung stehen?"

„Soweit es sich um die militärische Frage handelt, ist zunächst festzustellen, dass die bisher bereitgestellten Kräfte im Westen sehr gering sind. Von der Schweizer bis zur tschechischen Grenze stehen insgesamt nur wenige Tausend Mann Bundesheer und noch weit weniger Kräfte des „Assistenskorps", dessen militärischer Wert überdies sehr gering ist. Dazu kommt nun noch, dass ein Teil dieser Kräfte wie auch der Beamtenschaft, gegen die Hakenkreuzler keineswegs verlässlich funktioniert. Wir hören doch gerade, dass die Eisenbahner unter den Nazis die Parole ausgegeben haben, der „Vaterländischen Front" (die den Nationalsozialismus abwehren will!) geschlossen beizutreten, um so deren Gesinnungsterror in den Betrieben allein auf die roten Eisenbahner abzuwälzen. In den Alpenländern existiert im übrigen die „Vaterländische Front" ausserhalb der offiziellen Amtstafeln und der von Berufs wegen in ihr organisierten Beamten so gut wie gar nicht.

Die einzige Kraft, die heute gegen die Hakenkreuzler verlässlich ist, sind die sozialdemokratischen Arbeiter".

„Sieht man diese Verhältnisse nicht auch im Regierungslager ein?"

„Anscheinend nicht. Man lebt dort in einer **Welt von Illusionen** und, was gefährlicher ist, man gaukelt sie auch dem Ausland vor. Die Bezirkshauptleute in den Ländern erkundigen sich bei unseren Parteifunktionären ganz offen, wie viel Mann im Bedarfsfalle zur Verfügung stünden. Aber zugleich lehnt man es ab, schon vor dem Ernstfall die Arbeiterschaft vom Amts wegen auf den Kampf gegen die Nazis vorzubereiten, oder sie wenigstens selbst in Ruhe zu lassen. Die Salzburger Sozialdemokraten haben sich gegenüber dem Heeresminister Vaugoin auf seiner letzten Inspektionsreise vor seiner Absetzung zur Aufstellung einer Arbeiterlegion bereit erklärt. Das wurde rundweg abgelehnt. Offenbar glaubt die Regierung, über die Kader des von ihr „aufgelösten" Schutzbundes im Ernstfall auch ohne besondere Vorbereitung verfügen zu können."

„Worauf warten denn nun aber die Hakenkreuzler eigentlich? Wie erklären sie sich das Zögern Hitlers?"

„Sie halten nach wie vor die bewährte Theorie der Unbesiegbarkeit aufrecht und behaupten, dass es sich für sie höchstens noch um eine Wartefrist von drei bis vier Wochen handeln könne. Im Grunde warten sie in erster Linie auf den Ausbruch innerer Wirren in Österreich, in die sie dann

(Fortsetzung Seite 2).

„GLEICHE LÖHNUNG — GLEICHES ESSEN".
Der „Mephisto der faschistischen Revolution", Goebbels, schont nicht den Staatssäckel, wenn er etwas durchsetzen will. Neuerdings werden zahllose Fotos halbamtlich verbreitet, die für den Pseudosozialismus des Eintopfgerichts Propaganda machen. Unser Bild zeigt die Ausgabe des Eintopfgerichts an bessere „Arbeiter" der Nationalsozialistischen Arbeiderpartei in einem Berliner Luxusrestaurant.

S.A.-Uebungen mit Handgranaten

Ein Sturmführer vom „Mordsturm 33" gesteinigt

Aus den Reihen der Berliner S.A., die sich zum Teil aus früheren links-radikalen Arbeitern zusamensetzt, ist der nachfolgende Brief in das Ausland gelangt. Er veranschaulicht trotz seiner Kürze die Zustände im neuen Deutschland, die wesentlich anders aussehen als die Propaganda-Fabrikate des Herrn Göbbels.

Der Berliner Arbeiter schreibt:

„In den letzten Tagen sind bei der Berliner S.A. neue Fälle von Meuterei zu verzeichnen. Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahren habe, sind am 14.9. vom Sturm ³⁴/I Charlottenburg zuerst 16 Mann und darauf weitere 24 Mann in das Konzentrationslager gebracht worden. Der Sturmführer vom „Mordsturm 33" ist von seinen eigenen Leuten mit Steinen so zugerichtet, dass er in das Krankenhaus gebracht werden musste, wo er bald darauf verstorben ist.

Am vorigen Sonntag war ich Zeuge einer S.A.-Uebung von ca. 1000 Mann in Spandau bei Berlin. Die Uebungen fanden mit Handgranaten und Maschinengewehren statt, die Maschübungen trugen einen kriegsmässigen Charakter. Durch eine grosse Postenkette war das Uebungsgelände vor den Augen Neugieriger abgesperrt. Wer die Postenkette durchschritt, wurde mit Erschiessen bedroht.

Am 1. Oktober laufen die meisten Tarifverträge ab. Bis zu diesem Zeitpunkt ist eine „Klärung der Arbeiterfrage" in Aussicht gestellt worden. Im Hinblick darauf verhält sich die Arbeiterschaft abwartend. Grosses Vertrauen auf eine Besserung der trostlosen Lage besteht bei der Arbeitersschaft nicht. Da es den nationalsozialistischen Führern unmöglich sein wird, eine zufriedenstellende Neuregelung zu treffen, sollen, so erwartet man, aussen-politische Konflikte herbeigeführt werden, um die unzufriedenen Massen von der Trostlosigkeit ihrer Lage abzulenken."

Neue Massenverhaftungen

als Auswirkung des Leipziger Prozesses

Aus allen deutschen Städten laufen bei uns Nachrichten ein, nach denen im Zusammenhang mit dem Leipziger Prozess die Zahl der Verhaftungen wegen „Greuelmeldungen" beängstigend zunimmt. Die Bevölkerung der Grosstädte glaubt offenbar nicht den offiziellen Meldungen, sondern macht sich ihre eigenen Gedanken über die Schuld am Reichstagsbrand und dem mindestens merkwürdigen Zustand des Brandstifters van der Lubbe. Auch scheint es bei den blossen Gedanken nicht zu bleiben, sondern man spricht auch darüber. Und das ist verboten. Wer es dennoch tut, geht wegen Verbreitung von Greuelnachrichten in das Gefängnis!

Wie umfangreich die Verhaftungen sein müssen, zeigen die Meldungen aus Berlin, Leipzig, Hamburg, Dresden, Breslau und München, wo wegen des gleichen Deliktes insgesamt mehr als 200 Personen verhaftet worden sind.

Das „legale" Europa

Von Hermann Muter

Die am Ende der vorigen Woche in Genf abgebrochenen Verhandlungen werden zur Stunde in den Kabinettssitzungen der einzelnn Staaten fortgesetzt. Eigentlich konnte in Genf von Verhandlungen im üblichen Sinne nicht die Rede sein, es war lediglich eine Untersuchung der Atmosphäre, die von den verschiedenen Diplomatengruppen vorgenommen wurde. Unser Genfer Vertreter berichtet an anderer Stelle über die Ergebnisse, mit denen Göbbels und Neurath nach Berlin gereist sind, und daran lässt sich unschwer erkennen, wie wenig praktische Bedeutung ein Kompromiss der beiden grossen Grundauffassungen haben würde. Der Kaufpreis, den Deutschland für seine Rüstungsheraufsetzungen zahlen soll, besteht in der Anerkennung des Kontrollrechts. Paul Boncour, der französische Unterhändler, hat in Genf die Taktik verfolgt, Deutschland zu einer klar umrissenen Stellungnahme und Gegenäusserung zu zwingen, sodass man geneigt sein könnte, das bisherige Genfer Resultat einem Ultimatum an Deutschland gleichzusetzen. Aber täuschen wir uns nicht! Der deutsche Faschismus wird trotz seiner sprichwörtlichen Tolpatschigkeit diese Chance nicht vorübergehen lassen, um aus der Rolle des europäischen Störenfriedes herauszukommen. Und so wird das vermeintliche Ultimatum der Franzosen in sein Gegenteil verkehrt, der Gefahrenherd wird nicht enger umgrenzt, sondern verwischt und damit erweitert.

Im gleichen Augenblick, da in Genf Ansätze geschaffen wurden, um die diametral entgegen gesetzten italienisch-französischen Auffassungen zu überbrücken, wurde praktisch der Schlusstrich unter den europäischen Frieden gezogen. Nur dann, wenn in Genf die Möglichkeit geschaffen wäre, den deutschen Aufrüstungsgelüsten strenge Fesseln anzulegen, hatte Europa Hoffnung haben dürfen, für absehbare Zeit aus der Gefahrenzone eines neuen Krieges herauszukommen. Es kann jedoch nun keinen Zweifel mehr darüber geben, dass jedes Endergebniss der Genfer Beratungen, mag es auch äusserlich aussehen, wie es will, nur dazu dient, um endgültig weiteren Abrüstungsdebatten aus dem Wege zu gehen. Niemals aber wird eine so geartete Abrüstung zu einer Befriedung des europäischen Raumes führen. Die ganze Welt weiss, dass Deutschland fieberhaft aufrüstet, und die ganze Welt ist auch davon überzeugt, dass dieses Deutschland nicht daran denken wird, sein Rüstungtempo abzustoppen, geschweige denn völlig einzustellen. Im Gegenteil, jeder rechnet damit, dass nun Hitler-Deutschland seine Vertragsverpflichtungen noch dreister verletzen wird, weil es im Zaudern der Gegner eine Schwäche sieht, die es ausnutzen kann.

Man weiss, dass das faschistische Deutschland ein unehrlicher Vertragspartner ist, der aussenpolitisch ohne Zweifel noch weniger Skrupel an den Tag legen wird, als bei der Handhabung seiner inneren Angelegenheiten, aber alle Kontrahenten dieses Staates scheuen sich, in die sich vollziehende Entwicklung einzugreifen.

Man fühlt es von Tag zu Tag in jedem Nerv, dass der Krieg unvermeidbar ist, aber man unternimmt nichts, um sich dieser Gefahren zu erwehren. **In frappierender Uebereinstimmung geht Europa den gleichen Weg, den in Innerdeutschland die Demokratie bis zur Selbstentmannung fortgesetzt hat. Genau wie in der sterbenden Republik sehen die entscheidenden Machtfaktoren in Europa die Legalität und das Parlieren als wichtigere Faktoren an als die Sicherung der eigenen Existenz.** Das Spiel um die Schaffung eines immer engeren Netzes von Sicherheitsverträgen wird um des Prinzips willen ständig weiter fortgesetzt, obwohl sich alle Beteiligten darüber im klaren sind, dass jeder neue Vertrag mit einem Partner, wie es das gegenwärtige Deutschland ist, keine Stabilisierung sondern eine Diskreditierung des Vertragswesens ist. Denn das ist das Betrübliche, dass mit dieser offensichtlichen Inflation von Friedens- und Abrüstungsverträgen nicht nur in der gegenwärtigen Situation, sondern für alle Zukunft in den Völkern das Gefühl für Treu und Glauben an internationale Verständigung zerstört wird.

Man mag in den nächsten Wochen in Genf zu einer scheinbaren Verständigung kommen oder nicht, in der Praxis haben sich auch dann die Fronten nicht verschoben. Unter dem Mantel der Abrüstung wird still und zähe das Wettrennen um den Rüstungsvorsprung fortgesetzt werden, und während vielleicht in allen Ländern sogenannte Kontrollkommissionen sich abmühen, Bagatellen auf die Spur zu kommen, werden die unkontrollierbaren Waffenlager immer stärker jene Eigengesetzlichkeit annehmen, die mit Naturnotwendigkeit zur Explosion führt.

Aus dem Inhalt:

Ir. J. W. Albarda: „Das Recht der Flüchtlinge".
Dr. W. Banning: Die neue deutsche Kirche.
Alexander Schifrin: Mit oder ohne Mussolini?
Genfer Zwischenbilanz.
Parallelen zum Reichstagsbrand.
Deutscher Reichshaushalt und Finanzen.
Im Feuilleton:
Ernst Toller: Kriegsfreiwilliger.
Prozess um Briands Liebesbriefe.
Michael Jochem: Deutsches Theater im Ausland.

BROCHES
CIGARETTEN
1—10

Genfer Zwischenbilanz:

Deutschland soll mehr „Verteidigungswaffen" erhalten!

Keine „schweren Angriffswaffen"! – Mehr Truppen und schon jetzt erlaubtes Material! – Mittleres Material, Luftabwehr und Jagdflugzeuge?

Von unserem Genfer Vertreter.)

Genf, Anfang Oktober.

Wie auch immer die Antwort ausfallen wird, die Herr v. Neurath aus Berlin nach Genf überbringt, es lohnt sich, an diesem neuesten Wendepunkt der Abrüstungsverhandlungen das zu betrachten, was er als äusserstes Angebot von den übrigen Grossmächten mitbekommen hatte. Es ist dies zugleich eine nüchterne Klarstellung für Leute, die von der Abrüstungskonferenz immer noch etwas erwarteten, was wie Herabsetzung der Rüstungen aussehen könnte. Nach der ersten Lesung des Macdonald-Planes im Juni war die Konferenz auf dem toten Punkte angelangt. Während Henderson sich auf mehreren Reisen vergeblich um neue Aussichten bemühte, gab es über die fieberhafte Aufrüstung Deutschlands keinen Zweifel mehr. Mit einer Lähmung, die dem allgemeinen Krisenzustand entsprang, liessen die Mächte einige Monate vergehen, dann aber gab gerade das Verhalten der Regierung Hitler den Anstoss, alf eine letzte Möglichkeit zun Verhinderung der deutschen Vollaufrüstung zu sinnen, die umweigerlich den offenen Rüstungswettlauf nach sich ziehen muss. Die bekannten Pariser Verhandlungen setzten bei jenem entscheidenden Verzicht ein, der das Ergebnis der Genfer Juniberatungen bildete: Wollte man jetzt wesentliche Herabsetzungen der bestehenden Rüstungen verlangen, dann wäre das der sichere Zusammenbruch der Konferenz. Als einzige Möglichkeit für einen Fortschritt und gegen uferlose Aufrüstungen erschien daher nur die Errichtung einer Begrenzung der Rüstungen und einer wirksamen Rüstungskontrolle mit noch nicht klar umrissenen Sanktionen für Überschreibungen. Er würde zu weit führen, die einzelnen Phasen der Pariser Auseinandersetzungen oder die der Erfolge Italiens und Englands in Genf für einen gewissen Rüstungsausgleich Deutschlands zu schildern. Das gewiss noch nicht sichere Ergebnis der Genfer vorläufigen Schlussaussprachen, bei dem Frankreich entschieden jedes weitere Entgegenkommen ablehnte, und dem Amerika, England, Frankreich und Italien zustimmten, sieht im Wesentlichen so aus:

Vor allem soll die Rüstungskontrolle, in Händen der ständigen Abrüstungskommission konzentriert, nicht auf Anzeigen hin erfolgen, sondern automatisch arbeiten als Normalzustand, dem jede Bitterkeit einer Diskrimination fehlt. Die ständige Kontrolle soll sich auf sämtliche Arten von Rüstungen (Truppenstärken, Material und Ausgaben) beziehen, die nicht getrennt von einander, sondern zusammengefasst kontrolliert werden sollen. **Daher müssten auch die Untersuchungen an Ort und Stelle nicht nur vor Militärs, sondern zugleich auch von Finanztechnikern, Arbeitern und ehemaligen Kriegsteilnehmern durchgeführt werden. Nimmt man als Beispiel die Einzelfeststellung der Truppenstärken, so hätte ein Militär die vorhandene Zahl, ein Finanzmann die verausgabten Löhnungen und ein weiterer Prüfender die Anzahl der in andere Formationen übergeführten Offiziere und Mannschaften festzustellen.**

Es handelt sich also ausdrücklich nicht um eine rein militärische, sondern um eine alles erfassende Untersuchung. Beim Material sollen nicht nur die vorhandenen Bestände, sondern auch die Fabrikation von und der Handel mit Waffen einbezogen werden. Hierbei, und besonders bei der Erfassung der chemischen Kampfmittel ist die Kontrolle gebunden an die Freiheit der Arbeiter. Bekanntlich wurde im Juni die Straffreiheit für Denunziationen abgelehnt. Inzwischen hatten die Aufdeckungen der Waffenschiebungen von Hirtenberg und St. Gotthard deutlich gezeigt, dass ohne das Eingreifen der Arbeiterschaft die an sich schon schwere Kontrolle praktisch garnicht durchführbar ist. Man hat sich daher der Anschauung Frankreichs angeschlossen, dass Gewissensangaben nicht bestraft werden sollen. In Diktaturländern dürfte diese Bestimmung trotzdem wirkungslos bleiben.

Wohl die heikelste Frage der ganzen Verhandlungen war die, welche Staaten kontrolliert werden sollen. Klar und deutlich hat Frankreich gemeinsame Regeln mit gleicher Gültigkeit für alle Staaten angenommen. **Mit Rücksicht auf England und Amerika wurde erst jetzt in Genf die Formel gefunden, dass die europäischen Staaten eine stärkere Kontrolle untereinander ausmachen können, als sie für aussereuropäische Staaten durch das allgemein gültige Abkommen festgelegt wird. Scharf abgelehnt wurde dagegen der deutsche Standpunkt, dass nur gleichwertige Mächte einander kontrollieren könnten.** Würden nämlich die kleineren Staaten von der Kontrolle der Grossmächte ausgeschlossen, blieben die Grossmächte also untereinander, so wäre das gleichbedeutend mit bewaffneter Vorherrschaft über alle anderen Länder. Der deutsche Vorschlag zeigt wieder, dass auch die Regierung Hitler den alten Plan der General Hoffmann Rechberg und von Papen vom deutsch-französischen Militärbündnis der Generalstäbe noch nicht fallen gelassen hat.

Wird der jetzige Genfer Kontrollplan verwirklicht, so wird die erste Phase der Abrüstungskonferenz auslaufen ohne jede Herabsetzung der bestehenden Rüstungen. Lediglich die chemische und bakteriologische Kriegsführung soll verboten werden. Dafür sollen in allen gerüsteten Ländern die **Rüstungen auf vier Jahre nicht erhöht** werden. Schon jetzt besteht Einigkeit darüber, dass im Falle einer allgemeinen Annahme der Kontrolle über die bestehenden Rüstungen, die Waffenherstellung und das Verbot der chemischen Kampfmittel zugleich eine zweite Etappe der tatsächlichen Rüstungsherabsetzung festgelegt werden soll. Allerdings werden diese Herabsetzungen völlig abhängig gemacht vom überzeugenden und wirksamen Erfolg der Kontrolle in der ersten Periode.

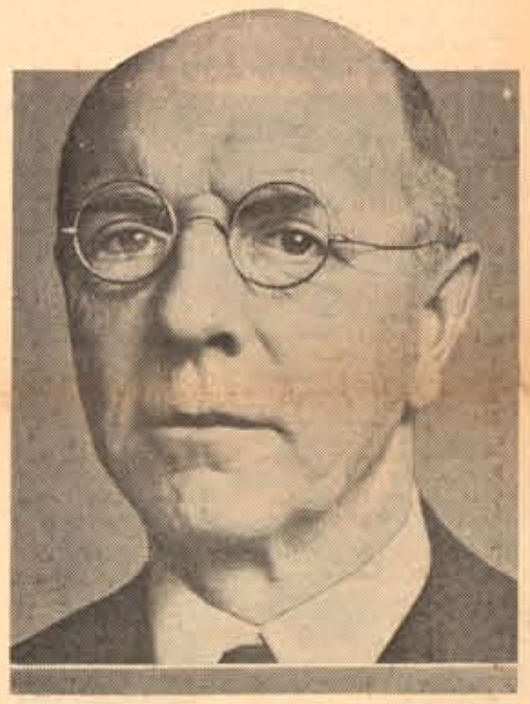
Unter Italiens Führung und bei starkem Entgegenkommen Englands ging der heftigste Kampf in den Genfer Verhandlungen um den deutschen Rüstungsausgleich. Gegen Italien, das schliesslich nachgab, wurden die sogenannten „Prototypen", d.h. die im Versailler Vertrag Deutschland ausdrücklich verbotenen schweren Angriffswaffen, auch im geringsten Ausmasse für Deutschland abgelehnt. **Dafür ist Deutschland ein weitgehender Ausgleich angeboten worden einmal bei den schon jetzt erlaubten Rüstungen, z.B. in der Truppenstärke des Heeres und der Marine bei Umbildung des Berufsheeres in eines mit kurzer Dienstpflicht, der Zahl der Maschinengewehre und leichten Feldgeschütze. Weiter aber wurde als unausweislich angesehen, Deutschland sofort eine bestimmte Anzahl leichter Tanks, mittlere Artillerie, Flugabwehr und Jagdflugzeuge zuzugestehen.** Man stellt sich dabei auf den Boden der Mehrheitsentscheidung in der Materialkommission der Abrüstungskonferenz, wonach dies alles „Verteidigungswaffen" sind. Klar sind sich die Aufrüstungsgegner in den Delegationen bewusst, dass solche Zugeständnisse einfach die Erlaubnis zum Bruch der Verträge bedeuten. Und die Ironie des Schicksals will es, dass der erwähnte Kommissionsbeschluss vor einigen Mouaten über die Bestimmung der „Verteidigungswaffen" gegen die Stimme Deutschlands gefasst wurde.

Das Recht der Flüchtlinge

Hollands Anträge beim Völkerbund

Von Ir. J. W. Albarda Führer der sozialdemokratischen Kammerfraktion Hollands.

Zehntausende Deutsche haben ihr Land verlassen. Nicht freiwillig. Sie sind über die Grenze geflüchtet, um den Gefahren für Freiheit und Leben zu entrinnen, die sie augenblicklich bedrohen. Es sind Juden, die in der Atmosphäre von Rassenhass ihres Lebens nicht sicher waren oder aller Existenzmöglichkeiten beraubt sind. Es sind Sozialdemokraten, für die die Konzentrationslager und die Gefängnisse bestimmt waren, oder die noch



Ir. J. W. Albarda.

Schlimmeres zu erwarten hatten. Es sind Kommunisten, die in dem heutigen Deutschland vogelfrei sind, jetzt, wo die von ihnen geschmähte Demokratie zu bestehen aufgehört hat. Es sind Katholiken, die es nicht mit Gewissen und Überzeugung in Übereinstimmung bringen konnten, sich gleichschalten zu lassen. Es sind aufrichtige Idealisten, Träger des internationalen Gedankens, Männer der Wissenschaft, Helden des Geistes, denen es unmöglich ist, zu leben unter der „nationalen" Diktatur: Flüchtlinge und Vertriebene.

Sie sind in verschiedene Grenzländer gegangen. Nicht wenige sind nach Holland gekommen. Viele sind auch nach Frankreich gegangen. Ander befinden sich in Belgien, in der Tschecho-Slowakei, in der Schweiz, in den skandinavischen Ländern, in England.

Ihr Kommen bringt für diese Länder eine Anzahl Schwierigkeiten mit. Keine einzige der Regeln, die unter normalen Umständen für die Zulassung und den Aufenthalt von Fremden zu gelden pflegen, kann unverändert angewendet werden. Die deutschen Flüchtlinge sind zu einem grossen Teile nicht im Besitz der Papiere, deren Vorlegung in einem fremden Lande verlangt werden kann. Viele von ihnen besitzen keinen Pass: er ist ihnen von den deutschen Amtsstellen weggenomen worden, um sie am Verlassen des Landes zu hindern. Andere besitzen nur einen abgelaufenen Pass: die Gelegenheit, ihn zeitig verlängern zu lassen, gab es nicht, oder sie konnte ohne Gefahr für Freiheit oder Leben nicht benutzt werden. Einige, und nicht die Schlechtesten, haben kein Recht mehr auf einen deutschen Pass, weil sie der deutschen Nationalität für verlustig erklärt worden sind! Die Flüchtlinge haben in sehr vielen Fällen auch nicht das Visum, das ihnen den Grenzübertritt zum fremden Lande möglich macht. Sie konnten sich nicht ohne Gefahr wegen eines Visums an ein Konsulat wenden. Die Nazi-Spione hätten augenblicklich vernommen, das sie ihre Abreise vorbereiteten. Diese Menschen wären sogar mit mit einem gültigen Pass und einem tadellosen Visum in Gefahr gewesen, von der deutschen Grenzpolizei am Verlassen ihres Landes gehindert zu werden. Für sehr viele von ihnen gab es keine andere Möglichkeit als die illegale Überschreitung der Grenze! Man flüchtet aus keinem Gefängnis durch die Vordertüre!

Wollte sich das Ausland an die Regeln halten, die in normalen Zeiten beobachtet werden, dann müssten viele geflüchtete Deutschen wieder nach Deutschland zurückgebracht werden.

Das würde bedeuten, dass man sie der Willkür und der Gewalt der Nazi's ausliefern würde. Die Regierungen, die das tun würden, würden nicht nur das uralte Asylrecht schänden, sie würden sich auch zu Handlangern der fremden Diktatur erniedrigen.

Sie würden mithelfen, Hitlers Autorität über ganz Europa Geltung zu verschaffen und denen, die von ihm verfolgt werden, sogar ausserhalb der deutschen Grenzen das Leben in Freiheit unmöglich machen.

Auch kann nicht beibehalten werden, dass ein Fremder, der sich irgenwo aufhält, über genügende Existenzmitteln verfügen muss. Viele Flüchtlinge haben alles in Deutschland zurücklassen müssen. Die Möglichkeit, im fremden Lande Arbeit zu finden, ist geringer als je zuvor, da die Krise überall Hunderttausende Arbeitslose geschaffen hat.

Von dem geflüchteten Deutschen zu verlangen, dass er sich selbt durchbringen soll, widrigenfalls er wieder nach Deutschland abgeschoben wird, bedeutet in den meisten Fällen die Verurteilung zum moralischen und körperlichen Untergang.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass diejenige Regierung, die das Asylrecht am grosszügigsten handhabt, das eigene Land in eine schwierige Lage bringen kann. Die Flüchtlinge, die Sicherheit für ihr Leben suchen, werden in das Land gehen, das ihnen auf breitester Basis Gastfreiheit gewährt. Ein solches Land wird von Flüchtlingen überflutet werden und würde bald keinen Rat mehr wissen. Es läuft obendrein noch Gefahr, mit der Hitler-Regierung in Schwierigkeiten zu kommen, die es nach Möglichkeit vermeiden möchte. Gleichzeitig tauchen die Probleme der wirtschaftlichen Unterstützung, Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten und Wohnungen auf, Probleme, die in der gegnwärtigen Krisenperiode fast unlösbar sind.

Die Niederländische Regierung hat einen gangbaren Weg eingeschlagen, als sie in Genf — nachdem sie mit Regierungen anderer, demokratisch verwalteter Länder Ueberlegungen angestellt hatte — den Antrag auf internationale Regelung der Flüchtlingsfragen stellte. Ob der Völkerbund eine brauchbare Regelung zustande bringt, muss nunmehr abgewartet werden. Es ist nicht unmöglich, dass Deutschland, vieleicht unterstützt durch eine oder mehrere faschistische Regierungen, Schwierigkeiten bereitet.

Der Völkerbund hat jedoch in jedem Falle die Pflicht, das Zustandekommen einer Regelung zu versuchen. Glückt dieser Versuch nicht, dann müssen die Regierungen der demokratischen Länder ein Übereinkommen treffen, durch das eine einheitliche Regelung und einheitliche Behandlung der Flüchtlinge gesichert wird.

Die demokratischen Länder haben hier eine

(Fortsetzung 4. Spalte)

(Fortsetzung: Dollfuss, Hitler oder.....).

mit offener oder versteckter Unterstützung Deutschlands einzugreifen gedenken. Daher ist die Innenpolitik der gegenwärtigen Regierung, die alle Gegensätze zuspitzt, Wasser auf ihre Mühle."

„Gewiss, die „berufsständischen" Pläne der Regierung Dollfuss unterscheiden sich wohl nur dem Namen nach von einem totalen Faschismus. Sogar von Konzentrationslagern hat man schon gesprochen, wenngleich man dann doch die Presse zurückgepfiffen hat."

„Ja, sehen Sie, dabei besteht im Regierungslager selbst volle Unklarheit darüber, wie eine berufsständische Verfassung eigentlich praktisch aussehen soll; je mehr man sich konkreten Entwürfen zu nähern versucht, desto grösser wird diese Unklarheit. Im Grunde steckt dahinter vor allem der Gedanke, durch die Ausschaltung der Parteien irgendwie aus der heutigen, dauernd unhaltbaren Situation herauszukommen. Der Bundespräsident Miklas drängt auf eine Lösung der Verfassungsfrage.

Da man einen allzu eklatanten Verfassungsbruch doch nicht recht wagen will, denkt man daran, die Sozialdemokratische Partei aufzulösen, ihr die Mandate abzuerkennen und damit eine erpresste Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen zu gewinnen. Aber da macht man die Rechnung ohne den Wirt".

„Macht sich nicht auch im Regierungslager Widerstand gegen diese faschistischen Pläne Dollfuss' und der Heimwehren geltend?"

„Gewiss, er geht vor allem von den Bauern aus. Während der Landbund, der nunmehr aus der Regierung ausgeschieden ist, eine höchst zweideutige Oppositionspolitik gegen Dollfuss macht und noch immer zu einem Aushängeschild der Nazipolitik zu werden tendiert, hat nunmehr der christlichsoziale Bauernbund immer stärkere Bedenken gegen die Wiederkehr der Aristokraten- und Bürokratenherrschaft, die der Heimwehrfaschismus bedeuten würde Ähnliche Einwände machen auch die Ländergewaltigen und der Arbeiterflügel der Christlichsozialen unter Führung Kunschaks geltend. Aber auf die Charakterfestigkeit und Kraft aller dieser Helden kann man nicht bauen".

Aber auf die Charakterfestigkeit und Kraft aller dieser Helden kann man nicht bauen".

„Wie wird sich nun die österreichische Arbeiterbewegung in dieser Situation verhalten?"

„Für uns ist der Austrofaschismus um nichts sympathischer als der Nazifaschismus. Eine berufsständische Gleichschaltung der Gewerkschaften, ein gewaltsamer Angriff auf die Wiener Stadtverwaltung, eine Auflösung der Sozialdemokratischen Partei und andere denkmögliche Fälle bedeuten für uns — das sagen wir in aller Offenheit — das Signal zum Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiterschaft. Auch die Absicht der Regierung, nach bewährtem Muster alle jene Pläne nicht auf einmal, sondern dosiert zu verwirklichen, wird diesmal nicht gelingen".

„Hält sich die Regierung Dollfuss—Fey überhaupt für stark genug für so weitreichende Absichten?"

Namentlich der Vizekanzler Fey bildet sich offenbar ein, alles mitreissen zu können. In Wirklichkeit ist diese Regierung, vor allem in ihrer sozialen Grundlage, überaus schwach. Im übrigen hat Herr Dollfuss in Genf, ausser dem bloss gegen Deutschland gerichteten Beifall nach seiner Rede, allerhand sehr ernste Mahnungen über die innerpolitische Entwicklung von den Staatsmännern der Westmächte, besonders von Paul Boncour, zu hören bekommen. Auch die vorläufig in Umrissen sichtbaren Pläne einer neuen österreichisch-ungarischen Monarchie unter Habsburg, die jetzt nicht nur von Mussolini, sondern besonders vom Vatikan gestützt werden, können ihm keineswegs die notwendige aussenpolitische Stütze verleihen, zumal die gegenwärtige Politik Ungarns antilegitimistisch orientiert ist. Im übrigen ist gegenwärtig die gesamte mittel- und osteuropäische Aussenpolitik sehr unsicher; die Bündnissysteme sind in Auflockerung begriffen".

„Glauben Sie an die Nähe eines neuen Krieges? Soll Österreich wiederum ein Gefahrenzentrum werden?"

„Wenn es noch etwas gibt, das den Kriegsausbruch hemmt, dann ist es die Angst der Herrschenden aller Länder vor seiner Umwandlung in eine soziale Revolution. Indem die österreichische Arbeiterbewegung gegen den Faschismus aller Schattierungen kämpft, erweist sie der Sache des Friedens und Österreichs den besten Dienst". L.

(Fortsetzung „Das Recht der Fluchtlinge")

heilige Pflicht zu erfüllen. Sie haben nicht nur die Aufgabe, die Demokratie gegen die anstürmende Flut des Faschismus, zu verteidigen, sie müssen daneben auch den Opfern der Dikatatur eine Heimstätte und Sicherheit bieten. Die Erde darf nicht unbewohnbar werden für die durch tyrannische Systeme verfolgten Menschen werden. Die Demokratien der ganzen Welt haben die Menschenwürde zu verteidigen!

Reichsbannerführer erschossen

Wieder ein bestialischer Mord im Konzentrationslager

Im Zuge der „nationalen Erhebung" wurde in Breslau von Heinesbanditen, die in Schlesien schlimmer hausten als Kosaken in Feindesland der damalige Reichsbanne.sekretär Hans Alexander verhaftet. Er wurde in üblicher Weise misshandelt und gequält. Einige Zeit nach seiner Verhaftung meldeten die deutschen Zeitungen des Auslandes, dass er mit Knochenbrüchen auf dem Krankenlager läge.

Dann wurde er mit anderen Leidensgefährten das berüchtigte Konzentrationslager bei Osnabrück überführt. Auch hier wurde dieser aufrechte Mann in der gemeinsten Weise schikaniert. Seine sadistischen Peiniger hofften wohl, dass ihm dabei eines Tages die Galle überlaufen möchte, damit die Meute ihr Mütchen endgültig an dem Wehrlosen spielen könnte.

Endlich war es weit. Die Lagerin sassen hörten, wie Alexander zur Arbeit an einer entlegenen Stalle des Lagers befohlen würde und gaben untereinander ihrer Vermutung darüber Ausdruck, dass nun wohl der letzte Tag ihres Freundes angebrochen sei. Plötzlich hörten sie eine Reihe von Schüssen fallen. Wenige Minuten darauf wurden einige Gefangene, die besonders eng mit Hans Alexander befreundet waren, zum Leichenwaschen kommandiert. Er wurde ihnen gesagt, Alexander sei mit der Lagerwache in eine Schlagerei geraten und dabei erschossen worden. Später, als man die Unwahrscheinlichkeit dieser Version einsah, wurde behauptet, er sei auf der Flucht erschossen worden. Diese Mitteilung hat man dann später auch an die Hinterbliebenden gegeben.

Man packte die Leiche des Erschossenen in einen Zinksarg, lötete ihn zu und sandte ihn nach Breslau. Den Angehörigen, die die Absicht hatten, die Leiche untersuchen zu lassen, wurde die Öffnung des Sarges verboten. Die Beisetzung fand am 15. September in Breslau statt.

Auch Hans Alexander wird mit all den anderen Gemordeten und Gepeinigten gerächt werden.

Parallelen zum Reichstagsbrand

Eine Erinnerung für das deutsche Reichsgericht

Hat der Faschismus das moralische Recht zur Verurteilung von Terrorakten?

Mein Freund, die wirkliche Wahrheit ist immer unwahrscheinlich, wissen Sie das auch? Um die Wahrheit warscheinlich zu machen, muss man etwas Lüge hinzutun.
Dosjojewski „Dämonen".

I.

Zeuge Panknin — Zeuge Bienge — Zeuge Zachow — Zeuge Janecke — Zeuge Hintze... Pygmäen unter Scheinwerfer und Riesenteleskop, Statistengarde in stundenlanger Grossaufnahme! Da hatte die Regie der Öffentlichkeit versprochen, sie würde ihr die Drahtzieher eines Riesenkomplotts zur Einäscherung der Welt zeigen, statt dessen erscheinen — ein paar wimmernde kleine Leute, Ausschuss der proletarischen Klasse, heute „Sympathisierende", morgen „Parteilose" übermorgen „Gegner", — Schwätzer, die im Disput jeder ein Held und Klassenkämpfer sind, in der Praxis aber — siehe Zachow

Torgler verteidigt sich.

— nicht mal zur Versammlung kommen, weil die Frau es ihnen verboten hat.

Das Drama des Reichstagsbrandes verlangt gewiss allen Ernst in der Behandlung. Wenn aber der gelehrte Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, der ehrenwerte Herr Vogt, die Hypothese aufstellt, dass die Zachow und Bienge die Verbindung zwischen v. d. Lubbe zur — kommunistischen Zentrale, wirklich: zur kommunistischen Zentrale — hergestellt hätten, dann bleibt für Ernst kaum noch Möglichkeit. Man stelle sich vor: van der Lubbe kommt von der Walze, so verdreckt, zerlumpt und verlaust, dass der Armenpfleger sich entschliesst, ihm eine Jacke und Mütze zu schenken. Vor dem Arbeitsnachweis im Gespräch mit drei Arbeitslosen, von denen einer ein „Sympathisierender", einer garnichts und einer deutschnational ist (sicher das richtige Milieu für geheime Verschwörungen), und — heidi — gehts zur Zentrale der K.P.D., vo der 1930 aus der kommunistischen Jugend ausgetretene van der Lubbe auf die Empfehlung von ein paar Leuten, von denen auch nicht einer ein reguläres Parteibuch besitzt, sofort für vertrauenswürdig angesehen und mit den grössten Aufträgen versehen wird.

Allerdings, eins wollen wir nicht von der Hand weisen: vor den Arbeitsnachweisen trieben sich damals allerhand verdächtige Gestalten herum, getarnte Agitatoren, Spitzel, Provokateure..... wohl möglich, dass das radebrechende „so musch komme" des v. d. Lubbe für einen Provokateur das Signal gewesen ist, diesen jungen Ausländer aufs Korn zu nehmen, dem die Terrorphantasien des schwatzenden Haufens zo gut gefielen.

Ob das aber ein Provokateur der Kommunisten war, oder nicht eher ein Provokateur, der die Kommunisten hineinlegen sollte.....?

II.

Doch nehmen wir einmal an, die bisherige Verhandlung hätte ein halbwegs richtiges Bild der Vorgänge ergeben. Nehmen wir es an, obwohl vieles gegen die Annahme spricht, — wie stände dann der Tatbestand vor uns?

In einer hochgespannten Zeit, wo sich vor Arbeitsnachweisen und Zeitungsfilialen die jedem bekannten „Stehkonvente" bildeten, schwatzen auch vor dem Neuköller Arbeitsamt ein paar müssige Arbeitslose. Inhalt der übliche: Schlappheit der Führer, es muss etwas geschehen! Aber was? — Sofort zeigt sich die geistige Hilflosigkeit dieser gedankenarmen, politisch ungeschulten Dutzendproleten in monströsen Wunschträumen. Einer soll — er selber bestreitet es — im Ernst vorgeschlagen haben, auf der Strasse S.A.-Leute mit Benzin zu begiessen und dann als lebendige Fackeln anzuzünden. Darob grosse Entrüstung. Wenn diese Richter mehr denken und weniger sich erregen wollten, so hätten sie vielleicht gelächelt. Denn die praktische Ausführung dieses Vorschlags erinnert stark an die Methode, Sperlinge zu fangen, indem man ihnen Salz auf den Schwanz streut.

Andere der Diskutierenden waren dafür, öffentliche Gebäude anzuzünden, um den Massen ein „Signal" zu geben. Ob die Bienge und Zachow es auch getan hätten? Ach, wie weit ist es meist von solchem Schwatz bis zur Tat. Im Ernstfall hätten sie wohl mit Ibsens Peer Gynt gesagt:

Es denken, es wünschen; ja; selber es wollen...
Aber es tun! Nein, das fass ich nicht!

Doch in diesem Falle — das ist das Seltsame — war wirklich mal einer, der es tat! Der hinging, mit zwei Paketen Feueranzündern bewaffnet, und nach drei erfolglosen Versuchen am Arbeitsnachweis, Rathaus und Schloss andern Tags mit Erfolg den Reichstag anzündete.

So das Ergebnis, wenn man an Leipzig glaubt.

III.

Wir aber fragen: Haben nun, falls wirklich dies alles sich so und nicht anders verhalten sollte, haben dann die Nationalsozialisten, haben Hitler, Göring und Genossen irgend welchen Grund zu sittlicher Entrüstung? — Wenn die Welt doch nur nicht so gedächtnisschwach wäre!

Nämlich äusserstenfalls hätte dann dieser Marinus van der Lubbe nichts anderes getan, als was vordem Dutzende von Nationalsozialisten, die durch Brände, Bomben, Höllenmaschinen und Explosionen Signale für die nationale Erhebung geben wollten, gedeckt und begünstigt von ihrer Parteileitung, auch getan haben.

Vielleicht erinnern sich doch noch ein paar Menschen, dass es z. B. vor drei Jahren in Holstein Bombenleger gab, auf deren Konto allein fast ein Dutzend teils geglückte, teils misslungene Dynamitanschläge kamen.

Die Anfertigung ihrer Höllenmaschinen mit Uhr und Zeitzünder erfolgte in Serien, die Anschläge gingen teils gegen öffentliche Gebäude, teils gegen die Wohnhäuser politischer Gegener. In der Gerichtsverhandlung haben die rechtsradikalen Täter erklärt, sie hätten mit diesen Anschlägen auf die Not der Landwirte aufmerksam machen wollen (diese notleidenden Landwirte bezahlten immerhin einem der Haupttäter, ihrem Sekretär Volk, ein Monatsgehalt von 800 Mark).

Vielleicht ist aus jener Zeit auch folgendes Detail noch unvergessen: Während sonst alle Attentate der Bombenleger sich im Umkreis ihrer holsteinischen Heimat abspielten, explodierte eine Höllenmaschine ihrer Konstruktion um die gleiche Zeit..... ja wo?

Diese nationalistische Höllenmaschine explodierte in einem Kellerluftschacht des Reichstagsgebäudes, genau des gleichen Reichstagsgebäudes, in dem van der Lubbe mit seinen Kohlenanzünden und Paraffinplätzchen Brand gelegt haben soll, mit dem einzigen Unterschied, dass die nationalistische Höllenmaschine trotz ihrer raffinierten Konstruktion weit weniger Schaden tat als der armselige Kohlenanzünder.

Und noch ein Unterschied: Bei diesem Reichstagsattentat war keinerlei sittliche Entrüstung der Nationalsozialisten wahrzunehmen, sondern nur eine höchst schäbige Schadenfreude. Man las damals kein Wort in nationalsozialistischen Blättern, dass nun die Kultur der Welt gefährdet sei, und hörte auch keine Verurteilung der Täter. Im Gegenteil:

Als nämlich die Häupter der Bombenverschwörung dingfest gemacht und zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt waren, da waren es die Nationalsozialisten, die den öffentlichen Sturm zur Begnadigung dieser „vaterländischen Männer" entfesselten, **die in den Parlamenten einen Amnestieantrag nach dem andern für die Dynamitattentäter stellten.**

Und diese Leute wollen sich entrüsten?, vielleicht deshalb, weil der Kohlenanzünder van der Lubbes mehr Wirkung gezeitigt hat als seinerzeit ihr Dynamit?

Man darf auch an das erinnern, was in diesem Jahr in Österreich vorgefallen ist. Das österreichische „Braunbuch" enthält in Fülle Darstellungen der Bombenanschläge und Brandstiftungen, begangen von österreichischen Nationalsozialisten, die auf diese Methode ihren Anhängern „Signale" geben wollten. Bei dem Bombenwurf eines Nazi gegen einen Wiener Juwelierladen sind sogar Menschenleben in grässlichster Weise vernichtet worden.

Stellungnahme der Hitlerpartei hierzu: der Gauleiter Hofer, der als einer der Hauptanstifter dieser Attentate von österreichischen Gerichtsbehörden verhaftet wurde, wird aus dem Gerichtsgefängnis in Innsbruck gewaltsam befreit und als Triumphator dem Nürnberger Parteitag vorgeführt.

Wir fragen: hat eine Partei, die den Brandstifter und Dyamitattentäter Hofer als Helden feiert und ihm ungeheure Ehren bereitet, das Recht zu irgendwelcher moralischen Entrüstung über die Tat v. d. Lubbes?

Wir haben nur ein paar markante Beispiele angeführt. Wollten wir ein ausführliches Register der von Naziseite ausgeführten „van der Lubbe-Taten" anlegen, wir fürchten, der Platz würde uns nicht ausreichen.

Man erinnere sich allein, was in der Wahlnacht vom 31. Juli zum 1. August 1932 für „Signale" in Deutschland gegeben wurden: **in Königsberg erschossen Nationalsozialisten einen volksparteilichen Regierungspräsidenten, einen sozialdemokratischen Redakteur und einen kommunistischen Funktionär. Gleichzeitig steckte ein anderer S.A. — Haufen eine Anzahl Tankstellen in Brand — jawohl: in Brand. Diese Brandstifter erfreuen sich heute in Deutschland der grössten Ehren, genau wie ihre Kollegen, die Anschläge gegen Synagogen und Börsengebäude vollführten, oder die jüdischen Friedhöfe schändeten.**

Und das will nun lodernd sich entrüsten über ein paar armselige Arbeitslose, die an einem kalten Februartage, zehn Tage vor der Reichstagswahl, mit ihren schwachen Denkkräften sich darüber unterhalten, wie man sich der heraufdrohenden faschistischen Zwangsherrschaft vielleicht noch mit Gewalt erwehren könnte!

Im grossen Saal des Reichsgerichtsgebäudes hat man einen Schriftenstapel aufgetürmt: frühere Entscheidungen von Senaten des Reichsgerichtes in Hochverratsprozessen gegen Kommunisten. — Einen andern Stapel vermisst man.

Wo bleiben die gerichtlichen Feststellungen der nationalsozialistischen Brandstiftungen, Dynamitattentate, Friedhofsschändungen? Sie würden mit einem Schlage das Gewebe der Heuchelei zerreissen, daran in Leipzig weitergesponnen wird.

Das Mittelalter erwacht

Folterungen als Hilfsmittel der deutschen Justiz

Vor dem 31. Januar 1933 bestand in Europa absolute Rechtssicherheit. In Deutschland, dem Herzen Europas, dem früheren Land der Dichter und Denker, war das Bürgerliche Gesetzbuch, das Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und die Zivilprozessordnung unerschüttert seit über 30 Jahren Rechtsgrundlage.

Ende Februar 1933 erliess Hitler die berühmte Verordnung, mit der man die grundsätzlichen Rechte der Reichsverfassung ausser Kraft setzte, **Von diesem Tage ab hörte das Recht in Deutschland auf**, die Macht setzte ein, das Re,cht wurde gebrochen. Unerhört wurde der Druck auf die Justizmaschine. Die Partei der Nationalsozialisten nahm entscheidenden Einfluss auf die Justiz. Kein Urteil wurde gesprochen ohne Einflussnahme der Nationalsozialisten. Kein Richter wagte es, zu urteilen wider den Willen der Organe der herrschenden Partei.

Die Justiz wurde zur Dirne der Partei und der Willkür.

Widerrechtlich wurden Menschen unschuldig in die Gefängnisse des Dritten Reiches geworfen und monatelang ohne Verhör misshandelt und eingekerkert gehalten. Die Missetaten, Morde und Vergewaltigungen, die Plünderungen der Nationalsozialisten blieben ohne Verfolgung. Mörder wurden von den Herrschern des Dritten Reiches bevorzugt und bekamen hohe Ämter. Die Waffen der Nationalsozialisten reichten bis ins friedliche Ausland und richteten sich gegen Andersdenkende. Die Täter dieser Mordanschläge wurden in Triumph in Hitlerdeutschland eingeholt.

460 Morde zählt die freiheitliche Presse Europas seit Hitlers Regierungsantritt in Deutschland. 460 Tote, die auf dem Blutkonto Hitlers stehen. Aber die wirkliche Zahl ist viel höher, die Zahl der unbekannt gebliebenen Todesopfer geht in die Tausende.

Hitler streitet ab, dass im Dritten Reich Unrecht geschieht. Seine leeren Worte verhallen im Unglauben der Welt. Das Weltgewissen schweigt nicht, es klagt an.

Das Dritte Reich hat den berüchtigten „Dritten Grad" wieder eingeführt, die schwerste Folterung. Menschen werden verhaftet, und wenn sie nicht freiwillig die ihnen — oft genug zu Unrecht — zur Last gelegten Taten gestehen, werden sie gefoltert. Gefoltert — heute, im zwanzigsten Jahrhundert wird im Herzen Europas offiziell gefoltert. Die Inquisition ist wieder auferstanden. Das Mittelalter ist in Deutschland wieder erwacht.

Zur Zeit führt man in Leipzig eine Komödie auf, um der Öffentlichkeit vorzutäuschen, in Deutschland werde Recht und Gesetz gewahrt. Aber während vor dem Reichsgericht die Welt irregeführt werden soll, quält man in den SA Höllen die Opfer dieser gleichen Justiz, um sie geständniswillig für die nachfolgenden Gerichtsverhandlungen zu machen.

In den braunen Hausern sausen noch heute die Nilpferdpeitschen ihre grausige Melodie. Ströme von Blut fliessen bei den Marterungen der Unschuldigen. Zwei Proben der Ungeheuerlichkeit Hitlerscher Banden, Hitlerscher Justiz bringen wir heute zum Beweis, dass unsere Behauptungen richtig sind.

Es ist wahr,

dass in Bremerhafen beim Loyd-Dock ein Torpedoboot liegt mit vollständiger S.A.-Besatzung, das wegen der grauenhaften Schreie, die Tag und Nacht über das Wasser dringen, das „Geisterschiff" genannt wird. Unzählige Opfer der Justiz sind in diesem grauen Kasten gefoltert worden. Unsichtbar stehen dort die Worte: „Lass alle Hoffnung fahren!"

Im alten Bremischen Amt in Bremerhafen amtierte der Staatsanwalt Dr. Grosskurth, der wegen seiner Humanität bald nach Hitlers Amtsantritt abgesetzt wurde, um dem Leiter der Geheimen Staatspolizei, Dr. Boeschen, Platz zu machen. Er ist es, der die in seine Klauen gelangten Opfer Hitlerscher Justiz anstatt in die Gefängniszellen, auf das Geisterschiff in die Hände der entmenschten und besonders abgerichteten S.A. ausliefert. Hier werden sie dem Dritten Grad, der besonderen Folterung ausgesetzt und dann wieder dem Leiter der Geheimen Staatspolizei vorgeführt. Aus diesen menschlichen Ruinen presst dann der schneidige Staatsanwalt seine Geständnisse heraus.

Es ist weiter wahr,

dass im Braunen Hause in Düsseldorf am 22. August 1933 ein sechzigjähriger Mann und ein junger Arbeiter auf Veranlassung und im Beisein des Kriminalbeamten Adams aus Krefeld in den Kellern auf das Schwerste misshandelt und gequält sind, um sie zu Geständnisen zu zwingen. Auch hier handelte die S.A. auf besonderen Befehl der Organe der Justiz.

Monatelang hat die S.A. ihren Blutrausch ausgetobt und zehntausende wehrloser Opfer masslos gepeinigt. Jetzt ist die deutsche Justiz dazu übergegangen, diese S.A.-Methoden in ihren Dienst zu stellen, um widerspenstigen Gefangenen mit Hilfe der Folter „Geständnisse" abzuzwingen. Kann dieses Land noch tiefer sinken?

Das „Geisterschiff" der S.A.-Barbaren.

Zwölftausend Juristen – kein Recht

Bemerkungen zum Deutschen Juristentag in Leipzig

Zwölftausend Juristen sind in Leipzig „aufmarschiert". Natürlich wars „die grösste Juristentagung der Welt". Das Fehlen der davongejagten Köpfe wurde durch die Masse der Leiber ersetzt. Und trotzdem — seit 1860 der kümmerlichste Juristentag: statt des früheren Aeropags der Persönlichkeiten eine gleichgeschaltete braune Herde.

Die „neue Unsachlichkeit" war Trumpf — schon in den Eröffnungsreden.

Reichsjustizminister Dr. Frank: „Über all dem Zusammenfluss des Historischen, des Geistigen, des Musikalisch-Künstlerisch-Romantischen und des Wirtschaftlichen bauen wir das Recht."

Reichsinnenminister Dr. Frick: „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt, und Unrecht ist, was dem deutschen Volke schadet." (Basta).

Hintergedanke ist dabei: was nützt und was schadet, das bestimmen wir, die Nationalsozialisten! Aber es können ja auch einmal Leute diesen Kernsatz anders herum auslegen. Schon Dostojewski nennt derartige Axiome einen „Stock mit zwei Enden".

In dem „liberalistischen" Rechtszustand entschieden nicht beliebig drehbare Sentiments, sondern feste Tatbestände über Recht oder Unrecht. Aber das hört jetzt auf. Wohl absichtlich zugleich mit dem Juristentag hat der preussische Justizminister Kerrl in einer Denkschrift seine Gedanken zur Justizreform, hauptsächlich zum Strafrecht dargelegt. Man hat von ihr den Eindruck, als sollten etwa zwei Jahrhunderte rechtlicher Entwicklung mit einem Schlag ausgelöscht werden. Zweihundert Jahre? Nein: Zweitausend. Denn schon vor zweitausend Jahren stand bei den Römern der Kernsatz allen Strafrechtes fest, das nicht in Strafwillkür ausarten soll: nulla lex, nulla poena = keine Strafe ohne Gesetz!

Aber die Denkschrift des preussischen Justizministers, was will sie? — Sie will künftig dem Richter die Möglichkeit geben:

> eine sittlich verwerfliche Handlung, für die er kein bestimmtes Strafgesetz findet, nach dem das neue Strafrecht beherrschenden Leitgedanken zu bestrafen.

Das heisst mit andern Worten: das Konzentrationslager wird dauernder Rechtszustand. Heute nehmen sich Regierung und S.A. das Recht, jeden Menschen, über den sie sich ärgern, der aber kein nachweisbares Delikt, selbst keins der vielen neu erfundenen Delikte begangen hat, kurzerhand einzusperren. Diese Befugnis will man auf die Gerichte übertragen. Im verrotteten „liberalistischen" Staat konnte jeder Mensch an Hand der Gesetze sich orientieren, ob er eine bestimmte Handlung ausführen durfte oder nicht. Künftig mag die Handlung nach dem klaren Wortlaut der Gesetze gestattet sein: missfällt sie dem Richter aus irgend einem Grunde, so straft er doch.

Dabei sollen nach der Denkschrift des Justizministers durch Jahrhunderte gestattete Tatbestände jetzt plötzlich für strafbare Handlungen erklärt und unter Strafe gestellt werden. Sie schlägt z.B. vor:

> **Als Rasseverrat wird bestraft, wer durch Vermischung des Deutschen mit einem Angehörigen fremder Blutsgemeinschaft oder Rasse, deren Fernhaltung von der deutschen Blutsgemeinschaft durch Gesetz angeordnet ist, zur rassischen Verschlechterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt. Wer als Deutscher unter gröblichster Verletzung des Volksempfindens und in schamloser Weise öffentlich mit Angehörigen fremder Rassen verkehrt, macht sich der Verletzung der Rassengesetze schuldig.**

Fügen wir hinzu, dass diese Denkschrift für vermehrte Anwendung der Todesstrafe eintritt (namentlich bei Landesverrat), dass sie ferner die Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung, nicht nur inoffiziell durch die S.A., sondern als legales Strafmittel anstrebt, dass sie die Freiheitsstrafen nicht nur druch Prügel, sondern auch durch Fastentage zur raffinierten Folter ausbauen will, so ist der Geisteszustand der grössten deutschen Justizverwaltung damit zwar keineswegs erschöpfend, aber in den charakteristischen Linien dargetan.

In dieser Situation tritt der deutsche Juristentag zusammen. Feierlich haben die Machthaber in ihren Ansprachen erklärt, dass das Dritte Reich die Freiheit der Forschung und die Unabhängigkeit der Rechtspflege wahren wolle. Während als Illustration hierzu die neuerliche Entlassung von 22 Universitätsprofessoren aus Rassen- und politischen Gründen bekannt gegeben wird, während nach amtlichen Zugeständnis allein in Hamburg ein volles Fünftel der amtierenden Richter und Staatsanwälte bisher aus dem Amte gejagt worden ist.

Während diese Zeilen geschrieben werden, ist der Juristentag noch im Gange. Eine ungeheure Mission könnte er erfüllen:

> **Noch niemals ist in Deutschland, auch nur annähernd mit dem jetzigen Zustand vergleichbar, das Recht zur Magd und Dirne regierender Despoten erniedrigt worden. Noch niemals in der neueren deutschen Geschichte herrschte eine ähnliche Rechtlosigkeit und Willkür. Noch nie wurden so viele Tausende ohne Recht und Gesetz in Kerkern gehalten, noch nie blieben soviele hundert Morde ungesühnt. Noch nie wurden die Rechte politischer Gegner so mit Füssen getreten, noch nie wurden Eigentum, Leben, Freiheit, Staatsbürgerrechte so willkürlich entzogen, noch nie gab es eine solche Schutzlosigkeit der oben unbeliebten ehrlichen Gesinnung. Noch nie wurden die Grundprinzipien aller Rechtssicherheit so bedenkenlos über Bord geworfen, noch nie wurden die Zäune, die das Recht von der Willkür trennen, so frivol niedergerissen.**

Gegen diese Vernichtung des Rechtsstaates **könnte, müsste der Juristentag einmütig und eindrucksvoll seine Stimme erheben,** wenn er das wäre, was er sein sollte, ein Aeropag der berufenen Hüter des Rechts.

Wenn er es aber unterlässt — und er wird es unterlassen —, so wird feststehen, dass der in der Hochzeit „liberalistischen" Denkens, dass der vor mehr als zwei Menschenaltern gegründete Deutsche Juristentag ebenso geistig herabgeglitten ist, wie jenes Bürgertum, das ihn geschaffen hat, herabgeglitten ist zu einer Horde dienstbeflissener, um ihren Aufstieg besorgter, fügsamer Justizbeamter. Aber ihre Karriere wird — das ist sicher — mit dem dritten Reich zu Ende sein!

Justinian.

Mit oder ohne Mussolini?

Die Aussenpolitik der französischen Radikalen

von Alexander Schifrin

PARIS, Aufang Oktober.

Die radikalsozialistische Partei Frankreichs ist nicht nur die letzte grosse bürgerlich-demokratische Partei Europas, sie ist auch die charaktervollste unter den linksbürgerlichen Parteien. Sie regiert allein und sie treibt ihre Aussenpolitik allein, sie lässt Herrn Tardieu in ihre Aussenpolitik nicht hineinreden. Die Aussenpolitik der Radikalen ist heute die Aussenpolitik Frankreichs. Auf dem radikalen Parteikongress in Vichy, der am 3.—5. Oktober tagt, wird eine aussenpolitische Diskussion stattfinden, die die Aufmerksamkeit ganz Europas auf sich lenken wird.

Die anderthalb Jahre der radikalen Aussenpolitik sind erfolgreich gewesen, für das radikale Regime selbst, für Frankreich und nicht zuletzt für Europa. Die Aussenpolitik der Linkskabinette Herriot, Boncour und Daladier lässt sich ungefähr auf folgende Generallinie vereinheitlichen: Annäherung an die Sowjetunion, enger Kontakt mit den beiden angelsächsischen Weltmächten, die Politik der Inanspruchnahme der internationalen öffentlichen Meinung und des Völkerbunds als seines Instruments. Die russisch-französische Annäherung von heute ist dem russisch-französischen Bündnis der Vorkriegszeit nicht gleichzusetzen: der russische Partner ist heute ein revolutionärer Staat. Die Russlandpolitik der Radikalen ist eine „Parteipolitik", keine „allnationale' Politik, weil die Rechte aus innenpolitischen Gründen diese Annäherung nicht mitmacht. Zu dieser Politik der Linken gehört Kühnheit und Selbstvertrauen. Auch die angelsächsische Orientierung der Radikalen war erfolgreich. Eine Auseinandersetzung wie 1929 zwischen Snowden und Chéron mit den Beiwörtern „grotesk" und „stupid" ist heute nicht mehr denkbar.

> **Die oberste Maxime der radikalen Aussenpolitik heisst, Frankreich unter keinen Umständen in eine Isolierung geraten zu lassen.**

Auch der Kurs auf den Völkerbund gibt der radikalen Politik eine starke weltpolitische und ideologische Deckung.

Aber trotzdem: ganz einheitlich ist die Aussenpolitik der Radikalen nicht. Wie unbestritten ihre allgemeinen Grundsätze auch sind, es gibt in der Partei auch Richtungen und Schattierungen. Am eindeutigsten werden jene Grundsätze durch Herriot vertreten. Er hat das Steuer der offiziellen französischen Politik umgeworfen und mit aller Entschiedenheit einen sowjetfreundlichen Kurs eingeleitet. Er ist der Vorkämpfer nicht nur der pro-englischen, sondern auch der pro-amerikanischen Orientierung. Herriot warb um die Sache Frankreichs in Moskau und in Washington: eine gewaltige weltpolitische Reichweite.

> **Die stärkste taktische und gefühlsmässige Grundlage seiner Aussenpolitik ist die Abneigung gegen das Hitler-Deutschland. Herriot, der noch einem Reichskanzler von Papen das weitgehendste Entgegenkommen zeigte, versagt ein solches dem deutschen Faschismus. Seine Aussenpolitik wird durch innenpolitische und weltanschauliche Motivierungen mitbestimmt — bei Herriot erhält die Aussenpolitik der Radikalen eine antifaschistische Note.**

Er will eine enge Verbindung mit der Sowjetunion, nicht allein weil Frankreich Russland aussenpolitisch braucht, sondern auch weil er mit dem neuen Russland aufrichtig sympathisiert. Auch die angelsächsische Orientierung denkt er sich politisch und weltanschaulich als das Bündnis der drei grossen Demokraien. Dieselbe Note bestimmt Herriots ablehnende Haltung gegenüber Italien: mit Moskau, London und Washington, aber ohne Rom. Einmal hat auch Herriot seine Bereitschaft, mit Mussolini zusammenzuarbeiten, angekündigt, das war vor einem Jahr auf d m radikalen Parteitag. Seit jener Zeit hat Herriot diesen Standpunkt revidiert. Er war auch entschiedener Gegner des Vierer-Paktes. Hier kann er aber nicht mehr auf die Gefolgschaft seiner gesamten Partei rechnen. In der Frage, ob eine Mitarbeit mit Italien erwünscht und tragbar ist, scheiden sich die Geister in der radikalen Partei.

> **Hier entsteht der grosse, noch nicht entschiedene Streit, denn die Parole eines sehr beträchtlichen Teiles der radikalen Partei heisst: auch mit Rom.**

Die Motivierungen einer solchen pro-italienischen Politik sind bei den Radikalen sehr verschiedenartig. Es gibt dort Ultrapazifisten um die „Volonté", die unter allen Umständen eine Verständigungs- und Freundschaftspolitik nach allen Seiten hin verlangen, die bereit sind, selbst die friedenstriefenden Erklärungen eines Goebbels vertrauensselig entgegenzunehmen und deshalb den Mussolinischen „Pazifismus" schon gewiss für die bare Münze nehmen. Aber auch ein gescheiter Diplomat wie Henry de Jouvenel, der den Vierer-Pakt aus der Taufe gehoben hat, steht im pro-italienischen Lager. Ausgesprochen pro-italienisch verhält sich auch das dem Ministerpräsidenten Daladier nahestehende Organ, die „Republique", dieses aus taktischen Gründen, um durch eine Verständigung mit Italien den Fortbestand des faschistisch-revisionistischen Blocks unmöglich zu machen und die Einkreisung des tobenden alldeutschen Imperialismus der Nazis zu vollenden. Aber daneben stehen auch Stimmungen, die grundsätzlich von einer Unterscheidung zwischen den faschistischen und den demokratischen Staaten nichts wissen wollen, die bereit sind, dem italienischen und selbst dem deutschen Faschismus eine fortschrittliche Dynamik zuzubilligen. Es sind die profaschistisch-pazifistischen Snobs vom Schlage Jean Luchaires und Bertrand de Jouvenel. Es ist kein Zufall, dass diese Strömung ihre profaschistische Aussenpolitik durch ein stark faschistisch angehauchtes innenpolitisches Reformatorentum ergänzt. Der gleichgeschaltete Herr Sieburg aus der „Frankfurter Zeitung", hat ihr erst vor kurzem seine Anerkennung ausgesprochen. Nicht zufällig ist es auch, dass es nämlich die pro-italienischen Richtungen bei den Radikalen sind, die ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der österreichischen Demokratie bekunden und bereit sind, die österreichische Demokratie Mussolini zu opfern.

Zwischen diesen beiden Polen, zwischen Herriot und seinen Wiedersachern, steht der Ministerpräsident Daladier, kühl berechnend und elastisch, der bereit ist, eine beschränkte und bedingte Zusammenarbeit mit Italien zu akzeptieren, um Frankreich grössere Bewegungsfreitheit zu gewähren. Indessen wird die Möglichkeit einer pro-italienischen Orientierung in der Politik der Radikalen von Mussolini selbst abhängen: ob der italienische Faschismus sich entschliessen wird, sich von Hitler endgültig und unwiderruflich loszusagen.

Ein staatsgefährlicher Papagei

Kaum glaublicher Verlauf einer Gerichtsverhandlung

Was hier geschildert wird, ist kein Scherz und keine Erzählung, sondern wirkliches Ereignis. Es passierte vor wenigen Tagen in Hamburg vor dem Sondergericht!

In die Hafenkneipe des angeklagten Wirtes war eines Tages ein Matrose gekommen und hatte einen Papageien zum Kauf angeboten. Das schöne Tier sprach laut, deutlich, viel und war zudem sehr billig. Beide waren höchst zufrieden: der Käufer und auch der Verkäufer.

Trat ein Gast in die Kneipe, dann rief „Hans", der Papagei: „Grüss' Gott!" Verliess jemand das Lokal, dann vergass Hans nicht, zu mahnen: „Auf baldiges Wiedersehen!" Der Wirt rieb sich die Hände, zumal der gelehrte Hans bald das Gespräch der Umgebung war.

Aber ach! Die Freude währte nicht lange; denn mit den dunklen Hitlermächten ist kein ewger Bund zu flechten.

Eines Morgens kommt ein neugieriger S.A.-Führer in die Kneipe und begrüsst den sonst doch so höflichen Hans mit einem kräftigen: „Heil Hitler!"

Aber da legte Hans los: „Du braunes Schwein!" „Nieder mit Hitler!" „S.A. — die Mörderbande!" „Göring — du Brandstifter!" „Nieder mit Hitler!" — so schreit das Vieh und plustert sich dabei auf, als sähe er den Scharfrichter Gröpler vor sich. Für Hitler und Röhm hat er Ausdrücke, die man überhaupt nicht vor den unschuldigen Zeitungslesern viedergeben kann.

Der Wirt ist wie versteinert und wird blass; der S.A.-Mann rot. Der eine vor Schreck, der andere vor Wut.

Der Papagei aber ist im selben Augenblick wieder beruhigt, wo er den braunen Kerl nicht mehr sieht, der ihn so unverantwortlich provoziert hatte. Der aber fortgestürmt, um einen S.A.-Zeugen zu holen. Kaum aber sieht Hans die zwei braunen Uniformen wieder, so beginnt er zu schimpfen — noch ärger als vorher!

Da wurden der Wirt und der Hans „verhaftet".

Zwei Tage später schon standen beide vor dem Sondergericht. Der Wirt beteuerte seine Unschuld, und Hans plauderte mit dem Gericht, als sei er der liebenswürdigste Vogel der Welt. Der Richter schüttelte mit dem gleichgeschalteten Kopf und schien geneigt, der Anklage nur noch zum kleinsten Teil glauben zu wollen. Zuvor aber musste er den Zeugen hören, den S.A.-Mann. Der trat auch gewichtig vor die Schranken.

Und richtig: Hans schielt nur einen kurzen Moment nach der braunen Uniform und legt von neuem los, kräftig, wie ein heiliges Donnerwetter — und das Publikum jauchet vor Vergnügen und Entzücken!

Zwei Stunden dauerte die Verhandlung. Schliesslich fällte der Richter folgenden salomonischen Spruch:

Der Wirt erhält eine Geldstrafe. Zugleich wird ihm das Konzentrationslager angedroht, wenn ihm ein solches Missgeschick zum zweiten Male passieren sollte.

Gegen Hans wird erkannt: Er sei ein staatsgefährliches Subjekt und werde deshalb eingezogen. „Eingezogen" — das heisst das Todesurteil! Er wird als nicht gleichgeschalteter Vogel getötet werden!

Hans sass bei dem Urteilsspruch völlig teilnahmslos. Er ahnte offenbar nicht, was ihm das Dritte Reich da bescherte. Hätte er gewusst, worum es ging, dann würde er gesagt haben, dass in dieser Gerichtsverhandlung der dritte Mann gefehlt hatte: jener Matrose, der den seltenen Vogel mit seltener Kunst zu seltener Vollkommenheit brachte.

Der Matrose aber ist unauffindbar, weswegen Hans den Weg zur Hinrichtung alleine beschreiten wird.

* * *

Dass dieser Vorgang restlos wahr ist, mag die Tatsache erhellen, dass sogar die gleichgeschaltete Presse darüber berichtet und vor dem „Missbrauch" von sprechenden Pagageien warnt.

Jenseits der Hitlerzensur

Vor der Verhandlungspause in Leipzig verstand ein Uneingeweihter überhaupt nicht, aus welchem Grunde Torgler und die drei Bulgaren neben van der Lubbe auf der Anklagebank des Reichgerichts sassen, es sei denn, um dem Prozess das fehlende Format zu geben. Jetzt erhellt sich das Dunkel: man will Torgler mit dem berüchtigten Indizienbeweis ruinieren, bestehend aus beschworenen Unwahrheiten und aus Harmlosigkeiten, die mit Gewalt zu „Verdachtsmomenten" ausgedeutet werden. Sogar den berühmten „Scheublick" des Verbrechers hat der Oberreichsanwalt in sein Repertoire aufgenommen.

Hauptsache: ein paar Freunde Görings werden beeiden, Torgler mit van der Lubbe im Gespräch gesehen zu haben und zwar in einem jederman zugänglichen Durchgangsraum, der ja der geeignetste Ort ist, um ein Brandstiftungskomplott zu schmieden. Sie werden es beeiden..... Nun ja, was kann ihnen schon passieren?

„Wenn man mich beschuldigen würde, die Türme von Notre Dame gestohlen zu haben, so würde ich ins Ausland gehen", hat Voltaire einst gesagt. Das Wort zielte gegen die Willkürjustitz des absolutistischen Frankreich. Voltaire kannte noch nicht den Oberreichsanwalt Werner und den Untersuchungsrichter Vogt, er kannte noch nicht die Methoden des Dritten Reichs. Sonst hätte er gesagt: „Bevor man mich beschuldigt, die Türme von Notre Dame gestohlen zu haben....."

*

Was ist objektive Voruntersuchung, was ist objektive Verhandlungsleitung? Hier eine Probe aus Leipzig. Die Scene spielt bei der Vernehmung des Untersuchungsrichters, des Zeugen Vogt.

Angeklagter Dimitroff:

„Hat der Zeuge als Untersuchungsrichter am 1. April eine Mitteilung veröffentlichen lassen, in der behauptet wird, Dimitroff, Popoff und Taneff hätten in Verbindung mit van der Lubbe die Reichstagsbrandstiftung durchgeführt? Ich frage: Ja oder nein!"

(Bewegung im Zuhörerraum.)

Vorsitzender: „Dimitroff, wenn Ihre Tonart hier nicht anders wird, ... ich habe mit Ihnen Geduld genug gehabt — so scheiden Sie einfach hier aus bei der Fragestellung."

Zeuge Vogt:

„Es ist richtig, dass eine derartige Mitteilung in die Presse gegeben worden ist und dass darin steht, die drei verhafteten Bulgaren seien an der Brandstiftung oder an der Sprengung der Kathedrale in Sofia beteiligt gewesen.

Ich habe später Dimitroff gesagt, diese Mitteilung scheine mir falsch zu sein, er sei aber selbst schuld daran, denn er habe mich nie korrigiert, wenn ich bei der Erörterung des bulgarischen Aufstandes von 1923 auch die Kathedralensprengung damit in Verbindung brachte, während tatsächlich die Kathedralensprengung erst 1925 erfolgte."

Die Sache geht noch unglaublich weiter. Aber ich möchte nicht den Eindruck dieser Scene in ihrer ganzen Niedertracht durch neue Gemeinheiten der Herren Juristen verwischen.

Fazit: Der Untersuchungsrichter gibt ein Bulletin in die Öffentlichkeit, das krasse Lügen über den Angeklagten enthält. Der Herr ist zu faul gewesen, sich darüber zu informieren, in welchem Jahre ein Ereignis, woran er den Angeschuldigten beteiligt glaubt, stattgefunden hat, worüber jedes Archiv einer grösseren Zeitung ihn sofort hätte belehren können. An seinem Versagen ist aber natürlich — der Angeklagte selbst schuld, der Angeklagte, der bei jedem Wort unterbrochen und angefahren wird, der aber selbstverständlich dazu da ist, um die Schnitzer des Herrn Vogt zu korrigieren. Den Herrn Vorsitzenden empört.... der verleumderische Untersuchungsrichter? O nein, ihn empört es, dass der verleumdete Angeklagte sich zur Wehr setzt.

Das ist die vielgerühmte objektive Verhandlungsleitung in Leipzig.

*

Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft... Deutsche Zeitungsmeldung:

„Dem von der Stadt Müncheberg zum Ehrenbürger ernannten Oberpräsidenten Kube wurde der Ehrenbrief unter grossen Feierlichkeiten überreicht. Der Bürgermeister erklärte in seiner Festrede, dass die Stadt Müncheberg dem Oberpräsidenten aus Dank für seine Siedlungsarbeit ein Geschenk von 10 Morgen Land mache. Ausserdem wurde dem Oberpräsidenten eine Nachbildung des im Kreismuseum befindlichen Runenspeeres, des einzigen in ganz Europa, übereicht".

Das Schenken bürgert sich ein in Hitler-Deutschland. Es umfasst alle Chargen vom Reichspräsidenten abwärts... Neben den 9000 Morgen für Hindenburg nehmen sich die 10 für Kube fast poplich aus. Aber der Mann ist jung und kann es, bis er 86 Jahre als ist, noch zu mehr bringen.

Jedenfalls sind jetzt schöne neue Prinzipien in Deutschland eingezogen: die hoben Beamten werden für ihre Selbstlosigkeit durch Geschenke abgefunden, die Arbeiter dagegen für die erworbenen Versicherungsrechte, die man ihnen entzieht, durch die Almosen der „Winterhilfe".

Es herrscht jetzt eben ein allgemeines Prinzip der Freiwilligkeit im Geben und Nehmen, ein Prinzip der Freiwilligkeit, das sich etwa in folgenden zwei Sätzen manifestiert, die wir einem Aufruf des Gauleiters für Hessen-Nassau, des berühmten Diäten-Sprenger entnehmen:

„Wer sich in den Dienst der Winterhilfswerkes stillt, bekennt sich zu Adolf Hitler und zu seinem Aufbauprogramm. Wer abseits steht, richtet sich selbst und wird dem Volke bekannt gegeben".

HARMODIOS.

Die neue Kirche in Deutschland

Das militärische Prinzip im Dienste der Kirche

von Dr. W. Banning (Bentveld - Holland)

Nach einem kurzen Kampf, dessen Ende bei seinem Beginn vorauszusehen war, hat das neue deutsche Reich jetzt auch seine neue Kirche.

Im Kampf mit dem Katholizismus gab es zwei Aufgaben: die Zerschlagung des Zentrums, der politischen Partei, und den Abschluss des Konkordats. Beide Ziele sind für die Nationalsozialisten positiv erreicht worden. Die Auflösung der Partei gab Hitler gegenüber dem politischen Katholizismus freie Hand, und das Konkordat kann nur als eine Kapitulation der Kirche bezeichnet werden. Die Kirche nimmt ganz gewiss noch ihre Position ein, sie behält ihr Recht auf die Jugenderziehung in religiöser Hinsicht, die Orden dürfen weiterarbeiten — aber anderseits ist dem Katholizismus jede politische Tätigkeit gegen den Hitlerfaschismus untersagt und die Entscheidung über die Wahl von Bischöfen und Erzbischöfen fällt faktisch dem Staate zu. Der Treueeid der letzteren ist dem Staate gegenüber zu leisten. Die katholische Kirche akzeptierte mit diesem Konkordat einen Grundsatz, gegen den sie sich bisher stes sehr nachdrücklich gewehrt hat: dass der Staat Macht über die Kirche haben könne.

Es ist nicht weiter erstaunlich, dass vielen aufrechten Katholiken dieser Kniefall vor dem Hitlerregime unmöglich war, auch wenn der Papst mit gutem Beispiel voranging. Nun aber seufzen diese Aufrechten mit andern Leuten in den Konzentrationslagern.

Im Prinzip gibt es in den protestantischen Kirchen denselben Kampf. Jahrzehntelang hat man in den protestantischen Kirchen die Einigkeit erstrebt. Die Zersplitterung in zahlreiche Landeskirchen, die Erbschaft der Reformation, während welcher ein festes Band um die Landesfürsten und Kirchen gelegt wurde, war eine der Ursachen der Schwäche des Protestantismus. Nun sind plötzlich die Scheidewände beseitigt, nun gibt es nur mehr eine deutsche Kirche. Dieser Erfolg hätte in mehr als einer Hinsicht wünschenswert sein können — aus der Geschichte sind genug Beispiele bekannt, dass durch Zwang zustande kam, was eine falsche Auffassung von Freiheit unmöglich machte.

Inzwischen ist es aber fraglich, ob der Preis für diesen Erfolg nicht zu hoch war.

Hat sich doch in dem kurzen Kampf herausgestellt, dass den Machthabern nur eine Hauptsache vorschwebte: die Kirche zur Sklavin der herrschenden Politik zu machen.

Am 27. Mai wurde Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh erwählt, ein Mann, der in der praktischen inneren Missionsarbeit Ehrfurcht abzwang, eine synthetische Figur. Das Hitlertum hielt ihn für unerwünscht, und er musste rasch wieder gehen. Zwar wurden Proteste erhoben. Er gab in Deutschland immerhin noch Leute, die im Namen der Kirche der obersten Staatsgewalt zu widersprechen wagten. Dibelius zitierte in dieser kritischen Epoche das alte Wort: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen". Das in jenen Tagen auszusprechen, zeugte von persönlichem Mut. Erfolg hatte es nicht. Die evangelische Kirche erhielt eine Gesetzgebung, die an Zweideutigkeit nichts zu wünschen übrig lässt. (Den Wortlaut findet man in einigen Nummern der „Christlichen Welt" August/September.) Da heisst es:

„Als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung darf nur derjenige berufen werden, der die für seine Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung besitzt und vorbehaltlos für den nationalen Staat und die deutsche evangelische Kirche eintritt."

Damit ist der Verrat der Kirche am Evangelium vollkommen klar geworden. Man könnte von den Predigern verlangen, dass sie sich vorbehaltlos dem Evangelium, d.h. dem Kampf für das Gottesreich widmen.

In dem „neuen Deutschland" jedoch wagt es die Kirche, den nationalen Staat an den Platz des Gottesreiches zu setzen.

In einer Broschüre von Joh. Eger (erschienen am 10. Januar 1933, Kirche und Volk S. 29.) steht: „Die evangelische Kirche kommt vom Evangelium her und geht in das Volk hinein als dienende Magd. Aber wiewohl sie eine dienende Magd ist und nichts anderes sein will und sein darf als eine dienende Magd mit allen Zeichen der Niedrigkeit, hat sie darum doch dem Volke gegenüber etwas Souveränes."

Ein halbes Jahr nachdem erlebt man, wie die Kirche das Evangelium verleugnet, ihre Souveränität mit einer der Hitlerdiktatur unterworfenen Sklaverei vertauscht.

Freilich gelang das nicht ohne die nötige Massenerregung und Massensuggestion. Ebensowenig ging es ohne die offiziele Huldigung des Rassenwahnsinns ab. Jn der Kirche der deutschen Christen gilt das Gesetz:

„Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche und Beamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen."

Es hat keinen Sinn, die zufälligen Erscheinungen zu betonen, die vielleicht als Ausschreitungen zu werten sind.

Das Prinzip ist klar: die evangelische Kirche stellt den Staat über das Gottesreich, die Rasse über die Liebe.

Sie hat damit ihren christlichen Charakter völlig abgelegt. Von heute ab ist sie nicht länger eine christliche sondern eine politische Organisation. Diese Tatsache geht ausserdem deutlich aus der Erklärung hervor, die von den Predigern zu unterschreiben ist. Es heisst darin, dass wer sich nicht freiwillig unterwirft, entlassen wird. Ich weiss, dass verschiedene Prediger es darauf ankommen lassen, und dass es Kirchengemeinden gibt die ihren Führer nicht lassen wollen. Aber was machen Gewissenstreue und Ehrfurcht in einer Diktatur, der auch charakterfeste Menschen unterworfen sind!

Es wird gejauchzt: der Kirchenbesuch steigt. Und man redet schon ernsthaft über pflichtigen Kirchenbesuch, wobei die, die sich dieser Pflicht entziehen mit Strafe bedroht werden. Das militärische Prinzip im Dienste der Kirche, die das Evangelium verraten hat. Wer wagt es denn heute in Deutschland noch zu sprechen von der „Freiheit eines Christenmenschen"? Die Herrschaft der Priester und Schriftgelehrten ist abgelöst von der Herrschaft der Militaristen und Polizisten. Und Christus weint über Jerusalem, das vernichtet wird, weil es Propheten und Gottesgesandte tötete.....

Rudolf Dertil der Dollfuss-Attentäter.

Der österreich. „Reichstagsbrand"

Dollfuss – Attentat als Signal zum Staatsstreich?

Am Dienstag, mittags gegen 3½ Uhr, ging im Vestibül des Wiener Parlaments der 22-jährige ehemalige Wehrmann des österreichischen Bundesheeres Rudolf Dertil auf den Bundeskanzler Dolfffuss zu, überreichte ihm mit der linken Hand ein Schreiben und feuerte mit der rechten Hand, die er bis dahin auf dem Rücken verborgen gehalten hatte, zwei Schüsse ab, durch die Dr. Dollfuss an der Brust und am rechten Oberarm leicht verletzt wurde. Am Morgen desselben Tages wurden in dem niederösterreichischen Ort Kematen der sozialdemokratische Bürgermeister und drei andere Parteifunktionäre verhaftet. Sie mussten gedoch mittags wieder freigelassen werden. Nachmittags nach dem Attentat traf aber erneut ein Ueberfallkommando in Kematen ein. Die Gensdarmen umstellten mit aufgepflanztem Bajonett die Fabrik und verhafteten erneut vier Arbeiter. Erregt verliess die Belegschaft die Fabrik. Sie weigert sich, die Arbeit vor Freilassung ihrer Kameraden aufzunehmen.

Derweil bemühte sich die Reaktion, den Täter der Sozialdemokratie an die Rockschösse zu hängen und dem Attentat die Bedeutung des Berliner Reichstagsbrands zu geben. Der Versuch ist restlos misslungen.

Dertil ist der Stiefsohn eines pensionierten Beamten, Dr. Günther der aktives Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist und noch kürzlich mit einem geheimen Auftrag nach dem Orte Schladming geschickt wurde. Ein Bruder Dertils wurde noch kürzlich an der Grenze angehalten, als er nach Deutschland flüchten wollte. Dertil selbst wurde wegen nationalsozialistischer Propaganda aus dem Heere entfernt. Er war in das Heer auf christlich-soziale Empfehlung aufgenommen worden, nachdem er lange Zeit Sekretär des christlich-sozialen Hausbesitzer-Verbandes gewesen war.

Im ersten Verhör behauptete Dertil, dass er keinen Auftraggeber und keinen Komplizen gehabt habe.

Was mit den Schüssen auf den Bundeskanzler Dollfuss beabsichtigt gewesen ist: die Inszenierung des „oesterreichischen Reichstagsbrands" als Grund für brutale Unterdrückung der österreichischen Sozialdemokratie-geht klar aus den anfänglichen Meldungen der deutschen nationalsozialistischen Presse hervor, in denen Dertil zum „Marxisten" gestempelt wurde.

Nun Dertil als Nationalsozialist entlarvt ist, heuchelt der „Völkische Beobachter": „Das gesamte deutsche Volk lehnt Terrorakte ab. Die siegreiche nationalsozialistische Bewegung hat es ... am wenigsten nötig mit Mordmethoden zu arbeiten ..."

Glaubt Goebbels wirklich, dass die Welt die grauenhafte Bombenattentate der Braunhemden in Deutschland und Oesterreich vergessen hat? Glaubt er wirklich, dass die Welt nicht die intellektuellen Urheber kennt? Glaubt er wirklich, er könne die Welt weissmachen, Dertil sei „offensichtlich unzurechnungsfähig", während seine Leipziger Richter den Psychopathen Marinus van der Lubbe zum zurechnungsfähigen Menschen machen wollen?

Göbbels in Genf

Hitlers Reklamechef vor der Weltpresse

Niemand unter den braunen Kardinälen des Dritten Reiches dürstet gieriger nach dem Rauschtrank des Beifalls als Joseph Göbbels. Nachdem er sich daran in den Massenversammlungen der deutschen Spiesser übersatt getrunken hat, hoffte er seine Gelüste in Genf vor der gesamten Presse der Welt noch voller, noch raffinierter befriedigen zu können. Ernüchtert ist er schon nach wenig Tagen heimgekehrt. Das Weltparlament und die Weltpresse haben ihn mehr als frostig empfangen. Der Trank, der ihm kredenzt wurde, war voll bitterer Hefe. Eine Flucht nennt das Amsterdamer „Het Volk" seine frühe Abreise. Die Genfer Salle de la réformation ist eben doch etwas anderes als der Berliner Sportpalast.

Es wäre töricht zu bestreiten, dass Göbbels um Beifall zu werben versteht. Sein missratener birgt eine geschmeidige Zunge und ein flinkes Hirn. Er schwätzt nicht, er lärmt nicht, er stammelt nicht wie die meisten Landsknechtsführer Hitlers. Er meidet die Plattheiten eines Hitler ebenso wie den Kasernenhofdonner Görings und die Grossvaterweisheiten des alten Feldmarschalls. Ihm stehen alle Register der Rethorik zur Verfügung, um seinen Rattenfängermelodien Fülle und Klang zu geben.

Und doch sind die dreihundert Journalisten in Genf, die sechstausend Zeitungen vertraten, ganz kalt geblieben, so süss auch seine Flötentöne sich einzuschmeicheln versuchten. Der Klang war falsch, der Ton unrein. Damit mag man den deutschen Michel täuschen, nicht aber das geübte Ohr der Journalisten des Erdballs.

Da steht dieser hässlich scharfe Kopf im Scheinwerferlicht der Genfer Weltöffentlichkeit, und die schmalen Lippen formen eine Lüge um die andere. Das neue Deutschland will nur die Verständigung, während — es fieberhaft aufrüstet. Er begeistert sich für eine „veredelte Demokratie", während die Diktatur jeden freien Atemzug verhindert. Er beteuert, dass 75 bis 85 Prozent des Volkes hinter seinem neuen Herrn stünden, und gleichzeitig zertritt man jede Möglichkeit einer Meinungsäusserung. Er schwört — und sein gelbes Gesicht errötet nicht um die geringste Nuance —, dass „jeder Ausländer die Konzentrationsläger aufsuchen und feststellen könne, dass es dort keinerlei Grausamkeit oder Brutalität gäbe." „Einen Strom von Honig und Zucker", so nennt der Pariser „Populaire" den Wortschwall, der seinem Munde entfliesst. Nur als die Judenfrage angeschnitten wird, schlingen sich einige Knoten in seine geölte Zunge. Sonst gibt es kein Stocken. Und trotz allem — die Zeitungsleute lassen sich nicht betören. Zu unecht ist dies Pathos, zu laut reden die Taten des Dritten Reiches eine andere Sprache als die Worte seines höchstbesoldeten Reklamechefs.

Die Welt weiss, dass, wenn er von der Ausrottung des Bolschewismus spricht, er die Erdrosselung der Freiheit meint. Sie hat erlebt, wie der Mann, der der Presse des Auslands schmeichelt, eben erst die Presse seiner Heimat geknebelt und gefesselt hat. Sie trägt noch im Gedächtnis, dass dieser Prediger des Eintopfgerichts es im Handumdrehen vom Stipendiaten des Augustinusvereins zum Nutzniesser eines Millionenvermögens gebracht hat. Sie erinnert sich, wie der grimmige Feind aller roten Bonzen sofort nach der Machtergreifung seine Residenz in einem Hohenzollernpalais der Berliner Wilhelmstrasse aufschlug. Sie gedenkt mit schmunzelndem Vergnügen jener illustrierten Ullsteinjournale, die den einstigen Abgott der Moabiter und Neuköllner S.A.-Proleten am Teetisch zusammen mit dem Kronprinzen zeigen, der ihm gewissermassen per Du in die treudeutschen Germanenaugen blickt. Sie hat noch nicht vergessen, dass dieser politische Schauspieler par excellence, der heute allmorgendlich per Radio seinem Herrn und Gebieter Treueschwüre ins Ohr träufelt, früher mehr als einmal den Dolchstoss gegen ihn zu führen bereit stand. Kurz, die Welt weiss nur zu gut, was man von den treuherzigen Biedermannstönen des neuen Apostels der Freiheit und des Friedens zu halten hat. „Einen Meister der List", nennt ihn die französische Presse.

Nebenbei: auch seine nordische Rasse hat in Genf nicht ganz überzeugt. Das „Journal" spricht von ihm als einer „mittelmeerischen Erscheinung". „Mittelmeerisch" ist Pariser Höflichkeit. In Berliner Volkskreisen ist man weniger rücksichtsvoll. Dort bezeichnet man das rassische Ragout, das Goebbels darstellt, ungeniert mit dem dafür üblichen Fachausdruck. Aber das nur nebenher.

Herr Göbbels hat gewiss seine Qualitäten. Er kann reden, überreden, enthusiasmieren. Er versteht sich auf Propaganda. Seine Feste am 21. März in der Garnisonkirche zu Potsdam, am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld, im September in Nürnberg und am 1. Oktober in Hameln stellen alles in den Schatten, was jemals Barnum oder Sarasani geleistet haben.

Aber wie lange noch wird das Volk Feste nehmen für Arbeit, Feuerwerk für Brot, Gesten für Taten, Pathons für Ethos, Hitler für den Messias? Die Kunst eines Göbbels kann zwar die Massen eine Zeit lang betören. Nicht aber für immer! Denn sie ist Blendwerk, Reklame, Lüge von Grund auf.

In Genf hat man Joseph Göbbels angehört, wie man Mussolini und Stalin, wie man auch Max Hölz und Jack Diamont angehört und ausgefragt hätte. Aber man hat sehr deutlich gespürt, wer er ist: Nichts als der Mephisto eines armen irren Volkes, das immer noch den Hexentrunk der braunen Zauberkünstler im Leibe hat und erst langsam zum Bewusstsein seiner selbst zurückgesundet. Wenn die Gesundung vollendet ist, wird auch sein hinkender Dämon in jene Unterwelt zurückgeschleudert werden, der er entsprungen ist.

(Fortsetzung 4. Spalte).

HITLER FEIERT WIEDER EINMAL.

Als bäuerliches Gegenstück zum faschistischen „Maitag der deutschen Arbeit" feierte man am Sonntag auf Befehl der faschistischen Propagandazentrale das „deutsche Erntedankfest. „Es war — darunter tut's Goebbels nun einmal nicht — das „grösste Beuernfest", das die Welt je gesehen hat. Während der Bauer vor Sorgen nicht weiss, wo ihm der Kopf steht, wurden Hunderttausende Mark für faschistische Propaganda zum Fenster hinausgeschmissen. „Er" zeigte sich in Bückeburg dem zum Feiern kommandierten Bauernvolk. „Er" redete natürlich auch. „Er" erzählte wieder die alten Märchen, dass es Deutschland sichtlich besser gehe. Aber es gibt bereits Zweifler, die das Kriegswort „Wir siegen uns noch tot", variieren „Wir feiern uns noch tot."

So kurbeln sie die Wirtschaft an

Der Deutsche Baugewerksbund, die Gewerkschaft der Bauarbeiter Deutschlands, beschäftigte in seiner Zentralverwaltung zur Zeit des „krassesten Liberalismus", als noch die „fetten marxistischen Bonzen" das Heft in der Hand hatten, achtzig Angestellte. In dieser Zahl ist auch der jüngste Kontorbote miteingerechnet. Unter der Herrschaft der braunen Volksbeglücker hat sich die Zahl der Angestellten auf 160 (einhundertsechzig) erhöht. Der jetzige Hauptbevollmächtigte erhält ein Gehalt von siebenhundert Reichsmark pro Monat, dazu eine Aufwandsentschädigung nach freiem Ermessen.

Früher genügte zur Erledigung des Aussendienstes, in Automobil, jetzt wurden ausserdem fünf neue Wagen angeschafft.

Schon an diesen Zahlen ist deutlich festzustellen, dass die siegreiche Durchführung des Hitlerschen Arbeitsbeschaffungsprogrammes rüstig voranschreitet. Wie herrlich wird es in Deutschland erst ausschauen, wenn Hitlers Vierjahresplan restlos durchgeführt sein wird.

Der Hitlergruss — wo er hingehört

Der Intendant des Braunschweizer Staatstheaters hat als erster erkannt, wohin eigentlich der Hitlergruss gehört. Er hat befohlen, dass die Schauspieler bei dem Beifallsdank nach den Aktschlüssen mit dem Hitlergruss abzutreten haben.

Das Ministerium hat der Verordnung zugestimmt. Offenbar aber aber nicht aus der sicher doch richtigen Annahme dass dadurch der Hitlergruss zum ersten male dort gezeigt wird, wohin er gehört — im Theater!

Deutsches Theater im Ausland

Leopold Jessner in Holland – Werner Krauss in London

Leopold Jessner, der frühere Generalindendant der Berliner Staatstheater hat eine Truppe gebildet, mit der er im Ausland spielen will. Zunächst auf einer holländischen Tournée. Unter der Regie Jessners ging in der Stadschouburg in Haarlem Schillers „Kabale und Liebe" mit Fritz Melchior als Präsident von Walther, Wolfgang Heinz als Wurm, Erwin Parker als Kalb, Arnold Marlé als Miller, Lydia Busch als Lady Milford, Franz Ludwig Eisig als Ferdinand und Lotte Jäger als Luise in Szene.

JESSNER

Das Haus war, da gastierende deutschsprachige Lustspielensembles oesterreichischer Konvenienz in Holland mit unter Mittelniveau liegenden Repertoires und schauspielerischen Kräften sehr viel verdorben haben, mässig besucht. Da die holländische Presse über Regie und Darteilung des Lobes voll ist, ist aber zu erwarten, dass die Tournée ein grosser Erfolg werden wird.

Ein Wort im Voraus:
Nur nicht sentimental werden!

Leopold Jessner, in der vierzehnjährigen Aera der Republik zehn Jahre lang Generalintendant der berliner Staatstheater, schon 1929 von der Reaktion gestürzt, weil die Machthaber der Republik — Söhne einer impressionistischen Zeit — unter Verkennung der expressiven politischen Potenzen des Geistes und der Kunst ihn aus „realpolitischen Gründen" einem politischen Augenblickserfolg opfern zu müssen und opfern zu können glaubten — Leopold Jessner, gegen dessen Spielplan, Regieauffassung und Ensemble als Manifestation des „Geistes des Systems" die vereinte Reaktion Sturm lief, wohlwissend, dass die politische Vernunft schneller abstirbt, wennn erst die politisch-emotionellen Gefühle, die durch die Kunst erregt werden, abgedrosselt sind-Leopold Jessner ist so sehr Repräsentant des vom Faschismus in Deutschland zerschlagenen Theaters, dass sein erstes Auftreten als Regisseur einer deutschen Truppe im Ausland von eminentester Bedeutung — auch in politischer Hinsicht ist.

Deswegen kann man dieses Theater nicht mit sentimentalem Wohlwollen besprechen. Nichts wäre verhängnisvoller als ein Juste-Milieu der Emigration, entstehend aus Sentimentalität.

II.

Es gab schon einmal Theater von Emigranten: das Theater der russischen Emigration.

Die Künstler dieses Theaters gingen, vertrieben vom Bolschewismus, aus Russland fort. Sie hassten das neue und konservierten deswegen das alte Russland, das ihnen wirtschaftlicher und geistiger Nährboden gewesen war. Je mehr die Bolschewisten in der Wirklichkeit das alte Russland umbauten zu einem neuen Russland, umso mehr baute das Theater der russischen Emigration das alte Russland in der Fremde immer wieder auf der Bühne auf. Gewiss sie spielten Gogol und Gridojedoff, Ostrowskij und Tschechow, ihn, dessen müde Resignation, Ausdruck der zermürbten Intelligenz in der Reaktionsepoche Alexanders III, ihrem seelischem Zustand am nächsten kam, am liebsten.

Aber die Bühne verengte sich. Da waren keine Räume mehr, da war nur der Raum des russischen Interieurs. Die emigrierten Künstler besassen zwar selbst diesen Raum nicht mehr, aber der Bühnenbildner malte ihn ihnen. Und sie dekorierten ihn mit unzähligen Requisiten und vervollständigten die Illusion mit stilechten Kostümen, die bis ins kleinste Detail nach Museumsstücken kopiert waren. Von dem Geiste Gribojedoffs und Gogols, diesem ganz auf soziale Gegenwartsprobleme der Zeit gerichteten Geiste, blieb in den Aufführungen der russischen Emigrantentheater so wenig wie von dem Geiste des Schöpfers des Moskauer Künstiertheaters, Stanislawskij, der ja nicht blos ein Illusionist war.

Diesem russischen Emigrantentheater fehlte die Realität. Er war sentimental-romantisch. Je weiter es sich von der russischen Realität entfernte, umso mehr verblassten die Inhalte, umso betonter wurde die Form. Schliesslich artete es in reine Artistik aus.

III.

Der Faschismus hat Jessner vom deutschen Theater verbannt. Der Regisseur Jessner verkennt diese Realität nicht. Er weiss, dass sein neues Theater nicht die Form des alten haben kann. Er kann nicht mehr mit Maschinen, Kulissen, Requisiten, Stars und all den Dingen eines festen Theaterbaus arbeiten. Die künstlerische Energie Jessners, dem deutschen Theater in der Emigration trotz der beschränkten Mittel eine neue Form geben zu wollen, die die Realität nicht verleugnet, ist das Erregende dieser Aufführung.

Der um die Gestaltung des Kunstwerks selbst auf dem Trümmerfeld des deutschen Theaters ringende Geist gibt dieser manchmal fast gespenstischen Aufführung Leben.

Was man sonst das Bühnenbild zu nennen pflegt, ist wirklich nur ein Trümmerfeld. Die früher Raum illusionierenden Dinge sind durch sich schräg nach hinten verengende Paravents auf eine hintergründige, gemalte, fast literarisch paraphrasierende Fläche abgedrängt. Die Paravents sind einmal die bemalten, zusammenfallenden Wände feudaler Häuser, das andere Mal nackte Holzwände, die anmuten wie Wände von Notbaracken. Das alte Bühnenbild ist zerstört aber man sieht noch nicht das sichtbare Gerippe einer neuen Konstruktion, wie sie das neue russische Theater aufbaut.

Vorhänge umhängen das alles. Hintergrund und Seiten liegen im Halbdunkel. Die Personen kommen aus dem Nichts, werden im Halbdunkel zwischen den Vorhängen und den Paravents gespenstische Gestalten und treten als Figuren des Spiels in das Licht des Vordergrunds. Manchmal gehen sie durch das Halbdunkel wieder ins Nichts. Manchmal stürzen sie aus dem Vordergrund weg, durch die Passagen zwischen Paravents und Vordergrundumrahmung, ins Raumlose.

Diese Enträumlichung der Bühne bedingt eine Verdichtung des Wortes, des Mimischen (auch im stummen Spiel) und der Geste. Realismus wäre sinnlos, impressionistische Beschreibung ebenso unzulänglich wie blose Stilisierung.

Man fühlt, was Jessner erstrebt hat: den Protest des Geistes gegen die Gewalt. Nicht zufällig wählte er Schillers bürgerliches Trauerspiel, das Spiel, in dem tyrannischer Druck nicht Unterdrückung sondern Gegendruck und Zusammenprall erzeugt.

Aber man stellt mit Bedauern fest, dass Jessner dieses Ziel nicht erreicht hat, weil die schauspielerischen Kräfte seiner Truppe überwiegend unzulänglich sind. Jessner spielt, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit Anfängern und Chargenspielern. Wahrscheinlich, ja gewiss aus wirtschaftlichem Zwang. Kunstform, wie sie Jessner erstrebt, kann man aber damit nicht gestalten. Diese Gestaltung erfordert Spieler, die ihren Körper und ihre Stimme technisch und vom Geiste her beherrschen, die nicht wie diese Frau Miller nur sklavisch die Regieanweisungen ausführen sondern die Figur aus eigener Kraft durchleuchten und transparent machen, die nicht wie dieser Miller im aparten Chargieren hängen bleiben sondern die Metamorphose des Untertanen Miller zum revoltierenden Bürger sichtbar machen. Was Jessner gewollt hat, erlebt man beglückt in Szenen, in denen Schauspieler von der Vitalität des Wolfgang Heinz, von der klugen Beherrschtheit Lydia Buschs und von dem komödiantischen Geblüt Erwin Parkers agieren.

IV.

Den deutschen Künstlern, die das faschistische Deutschland verliessen, ist der theatralische Raum entzogen. Es gibt für sie nur eine Möglichkeit, dem Schicksal des russischen Emigrantentheaters zu entgehen: wenn sie den „Fluch des Exils", von dem Heinrich Heine gesagt hat, er bestehe darin „dass uns nie ganz wohnlich wird in der Atmosphäre der Fremde, dass wir mit unserer mitgebrachten heimischen Denkungsweise und Gefühlsweise immer isoliert stehen unter einem Volke, das anders denkt und fühlt wie wir„ — wenn sie diesen „Fluch des Exils" zur Antriebsenergie eines Willens machen, der den verlorenen Raum wieder erobern will, und nicht dem Verlorenen romantisch-sentimental nachtrauern.

Was waren die Formen des Deutschland, das wir verliessen? Sie deuteten das Deutschland, das wir ersehnten, nur in groben Umrissen an. Die Politiker vermochten dieses neue Deutschland noch nicht zu formen. Nur der Geist lebte, der es schaffen wollte. Das Theater der Emigration muss diesen Geist, wie Jessner es getan hat, lebendig halten und ihn immer wieder bekennen. Mag die Form dabei tausendmal in Stücke gehen.

MICHAEL JOCHEM.

Werner Krauss spielt ausserhalb der Grenzen des dritten Reiches am Shafsbury Theater in London eine längere, angeblich noch nicht endgültig festgesetzte Zeit! Welch auffallende Tatsache!

„Business" kann kaum der Anlass dafür sein. „Späte Reue"? Bedenken bei einem Künstler, wie Werner Krauss es doch trotz allem ist, — auf weiter Flur allein zu stehen? Abscheu vielleicht sagar vor manchem, was im dritten Reich — politisch und kulturpolitisch geschieht? Verlangen danach, vor einem ernst zu nehmenden Publikum, also nicht dem deutschen, zu spielen?

Sicher ist nur eines, nämlich, dass Werner Krauss mit Willen und Wissen derer, die er als seine „Führer" ansieht, nach London gegangen ist. Die Vermutung hat also viel für sich, dass Werner Krauss in London dort wieder anfangen soll, wo Alfred Rosenberg, der politische Abgesandte des dritten Reiches vor einigen Monaten so unerwartet schnell und so ergebnislos — seine Tätigkeit einzustellen hatte.

Dass Werner Krauss in Gerhart des gleichfalls gleichgeschalteten Hauptmannes Greisendrama „Vor Sonnenutergang" spielen werde, war lange vorher bekannt. Während der ersten Szenen so zahlreiche Protestrufe, dass der Vorhang sich zweimal senken musste. Aber die Protestierenden sassen in den obersten Rängen des Theaters. Parkett und Balkon dagegen waren von einem Publikum gefüllt, das von beruhigenden Worten des Managers und einer Schauspielerin der beliebtesten allerdings-, sich bereitwilligst gefangen nehmen liess, sich gegen die „Ruhestörer" wandte und den Polizisten behilflich war, die sie — in England etwas Unerhörtes- aus dem Theater entfernten.

Plötzlich, in der Dunkelheit gellte der Schrei auf: „Hitler ist ein Mörder!" Mit einer gewissen Monotonie, aber in der Stärke sich immer mehr steigernd, wiederholte sich der grauenvoll wirkende Ruf. Den Rufer, es war ein Jude, wurde aus dem Zuschauerraum entfernte. Eine weinende Frau folgte ihm in das Vestibul des Theaters. Die Polizisten, die sich mit dem nach dem Ausbruch der Erregung Erschöpften beschäftigten, suchte sie von einem Einschreiten abzubringen. Das Spiel drinnen aber ging von da an ungestört bis zum Ende weiter.

All das, was in wenigen Augenblicken sich abspielte, das war in Wirklichkeit das Drama dieses Abends. Gegenüber diesem Drama bedeutet, was auf der Bühne geschah, — nichts — garnichts.

M.

„Neue Deutsche Blätter"

Die deutsche Literatur hat nach dem Kriege mit der Wendung zum sozialen Realismus eine neue, fruchtbare Entwicklungsphase begonnen. Nach den Jahren des Suchens und Experimentierens, nach den missglückten Ansätzen zu einer ihrem Wesen nach unkünstlerischen „Tendenzliteratur" entfalteten sich Kräfte, deren künstlerischer Wille sich fortschreitend die angemessene Form zu schaffen begann.

Eine neue Generation von Dichtern suchte einen andern Zugang zur Wirklichkeit als den über das isolierte Schicksal des privaten Einzelnen. Die neu gewonnene Sicht des Lebens war die Frucht einer Existenzkrise, die nur überwunden werden konnte, wenn der Mut, sich ihrer bewusst zu werden, sich mit der Kraft, sie zu gestalten, verband.

Diese neue Literatur hatte sich einen Leserkreis erobert, dem Proletariat und Intelligenz angehörten. Ihr heutiges Sprachrohr sind die „Neuen Deutschen Blätter". Es beweist aufs neue, dass die Politik ebensowenig den Charakter wie die Kunst verdirbt, wenn diese beiden eine Substanz haben, und nicht bloss Konjunkturmasken sind.

Das vorliegende Heft der „Blätter" ist ein vielversprechender Anfang. Die Namen, die es enthält, sind in der Mehrzahl wohlbekannt. Mit der Parole „Wir wollen deutsch reden" eröffnet Wieland Herzfelde, einer der Gründer des Malik-Verlags, die neue Zeitschrift. Die Skizzen von F. C. Weiskopf-Bilder aus Konzentrationslagern —, „Flugblätter gehen ihren Weg" von Franz Schnitter und die „Generalversammlung" von einen anonymen Autor in Deutschland... diese Prosa führt uns mitten in das Leben und Sterben des Dritten Reichs. Und ein eindrucksvolles Zeugnis für die Regsamkeit der aus Deutschland vertriebenen Kunst liefern die Gedichte von Joh. R. Becher, Fritz Brügel und Oscar Maria Graf, eine Satire von Arthur Holitscher „Gullivers Reise zu den Bläharien" und eine Leseprobe aus dem neuesten Roman von Jacob Wassermann („Joseph Kerkhovens dritte Existenz"). In den Buchbesprechungen (Beiträge von Ernst v. Salomon, Ernst Fischer und F. C. Weiskopf) wird einè produktive Kritik an den Werken von B. v. Salomon („Die Stadt") und Sieburgs „Es werde Deutschland" geübt.

G. G.

Lachen links

Was sich liebt, das neckt sich. Roehm sitzt, noch vor seinem Sittenbefehl an die S.A., im „Kaiserhof". Kommt Goehring vorbei und nimmt ihm die Zigarette aus dem Mund. „Die deutsche Frau raucht nicht", sagt er.

Berufswechsel:

„Wissen Sie schon, dass Dr. Dollfuss im Film auftreten wird?"

„Wahrscheinlich in der Vaterländischen Wochenschau?"

„O nein. Er spielt die Hauptrolle in „Kleiner Mann, was nun?"

Der breite Rücken:

„Welcher Österreicher hat den breitesten Rücken?"

„Nun?"

„Dollfuss. Ganz Österreich steht hinter ihm und man sieht nichts davon."

Politisierung des Rundfunks

Der europäische Rundfunk ist im Durchschnitt jetzt ungefähr 10 Jahre in Tätigkeit. Der amerikanische seit etwa 14 Jahren. Obwohl es sich stets um die gleiche technische Form handelt, wird die Sache selbst ausserordentlich unterschiedlich behandelt. Man kann den internationalen Runfunk in drei voneinander ganz getrennte Gruppen einteilen: 1) Der politische Rundfunk, 2) Der unter staatlicher Kontrolle stehende Unterhaltungsrundfunk, 3) Der Reklamerundfunk.

Es ist typisch, dass alle Länder, in denen eine Diktatur herrscht oder sich mehr oder weniger latent vorbereitet, die erste Gruppe, der politische Rundfunk, die Sender beherrscht. Russland ging schon vor Jahren mit grossem Beispiel voran; die russischen Sender wurden von vornherein ausschliesslich zu politischen Propagandazwecken errichtet. Russland war auch das erste Land, das aus politischen Gründen die Techniker veranlasste, die Sende-Energieen auf ein früher für unmöglich gehaltenes Maass zu steigern. Der Riesensender von Moskau-Komintern mit seinen 200 kW war lange Zeit die stärkste europäische Station; man benutzte ihn,

um durch ihn in allen Kultursprachen politische Propaganda zu treiben, deren Wirken zum grössten Teil für das Ausland bestimmt war.

Deutschland hat sich schon etwa 1 Jahr vor der faschistischen Revolution auf die Politisierung seines Rundfunks eingestellt. Hier aber war zunächst keine Absicht, eine politische Auslandspropaganda zu treiben, — das kam erst in den letzten 7 Monaten, — sondern die Propaganda war ausschliesslich für das eigne Land bestimmt. Man wollte den Rundfunk „aktueller" ausgestalten und glitt, — fast ohne es zu wollen, — in eine einseitig reaktionäre Strömung hinein. Diese einseitige Politisierung stiess zunächst auf heftigen Widerstand der Hörer; zehntausende von Abmeldungen waren die Folgen. Erst im Januar dieses Jahres nach dem Siege Hitlers wurde der deutsche Rundfunk ein ausschliessliches Instrument der Diktatur; das russische Vorbild reizte zum copieren, aber die Copie gelang nur unvollkommen: Die Sender verfielen dem Radau-Nationalismus ohne die Veredlung durch Intelligenz, wie sie die Russen aufbringen konnten.

In Österreich setzt augenblicklich der gleiche Hörerstreik ein, wie vor etwa einem Jahr in Deutschland.

Zeichen einer beginnenden Politisierung. Die englische Fachzeitschrift „Wireless World" meldet in ihrer letzten Nummer, dass

„aus politischen Gründen sich mehr als 30.000 Hörer in Österreich geweigert haben, die Gebühren weiter zu bezahlen!"

Eine sehr wichtige Meldung kommt aus der Schweiz. Wohl infolge der Nachbarschaft mit der deutschen Diktatur und um dem unheilvollen Einfluss der starken deutschen Propagandasender zu entgehen, teilt die Geschäftsstelle der Schweizerischen Rundfunkgesellschaft wörtlich folgendes mit:

„Im Laufe der letzten Zeit hat es sich auch bei uns erwiesen, dass eine allzu strenge Abriegelung des Rundfunks von den Fragen des Öffentlichen Lebens nicht länger wünschenswert ist. Mit dem 1 September tritt daher eine weitherzigere Auslegung der diesbezüglichen Konzessionsbestimmungen in Kraft, die es ermöglichen soll, künftighin auch Fragen politischen, Ökonomischen oder internationalen Charakters durch berufene Persönlichkeiten behandeln zu lassen, soweit sie sich jeder Propaganda enthalten."

Und zum Schluss: „...es darf nicht vergessen werden, dass der Rundspruch sich an das Volksganze richten muss, nicht wie Versammlung oder Presse an eine Partei allein!"

Das ist unverkennbar eine Abwehrmaassnahme, die aber zu einer Politisierung des Rundfunks über kurz oder lang führen muss. Wir können Ähnliches in Polen und in den baltischen Randstaaten beobachten, obwohl dort das Kind noch nicht beim rechten Namen genannt worden ist.

Die einzige Diktatur, die den Rundfunk nur sehr gelegentlich propagandistisch benutzt, ist — Italien! Der Grund für diese verwunderliche Tatsache ist wohl darin zu erblicken, dass Italien als das Land der klassischen Musikpflege im Rundfunk immer noch mehr ein künstlerisches Reproduktionsmittel als ein politisches Instrument erblickt.

Auch ein Blick auf die rundfunkführenden, aussereuropäischen Staaten bestätigt die Regel, dass politische Aktivität der Regierung sich in stärkstem Maase des Rundfunks bedient.

In Japan z.B. kündigt das Innenministerium eine Verschärfung der Rundfunkzensur an, die sich nicht nur auf Bücher und Zeitschriften, sondern sogar auch auf Schallplatten erstrecken soll.

In China arbeiten zur Zeit nicht weniger als 49 Rundfunksender, die dem „Bureau of international Telegrafs" und dem chinesischen Verkehrsminister unterstehen. Man kontrolliert aufs strengste alle Sendungen, auch die Übertragungen aus dem Ausland, weil man sich der ungeheuren Macht der Rundfunksendung wohl bewusst ist.

So bleiben eigentlich nicht mehr viele Staaten übrig, die den Rundfunk lediglich als bequeme und billige Unterhaltung rein ästhetischen und Bildungszwecken dienen lassen. Den demokratischen Gedanken bringt vorbildlich Holland zur Durchführung, indem es seine Sender paritätisch den grossen, weltanschaulich verschiedenen Gruppen des Landes zur Verfügung stellt. Frankreich wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit aus seinem bisherigen Unterhaltungsrundfunk ebenfalls einen Rundfunk mit stark politischer Färbung machen. Die Sendungen von Strassburg z.B., — soweit es sich um das gesprochene Wort handelt, — haben schon seit längerem diesen Charakter. Auch hier erwirkt die deutsche Nachbarschaft eine Abwehrbewegung.

Einzig der englische Rundfunk arbeitet noch ausschliesslich nach dem „alten System".

Abgesehen von spärlichen ökonomischen und historischen Vörträgen nimmt er an der Zeitgeschichte keinen aktiven Anteil. Selbst die gewaltige Streikbewegung der englischen Bergarbeiter vor etwa 2 Jahren fand im englischen Rundfunk nicht die geringste Resonnanz. Seine Devise heisst unverändert: L'art pour l'art!

Wir haben bisher nur die ersten beiden Gruppen behandelt, deren Sendungen entweder unter staatlicher Kontrolle standen oder staatliche Unterstützung bezogen. Es liegt auf der Hand, dass die dritte Gruppe, der Reklamerundfunk, mit Politik nichts zu tun haben kann, es sei denn, dass sich eine bestimmte politische Gruppe ihren eignen Propagandasender errichtet. Bisher ist das im Hauptlande des Reklamerundfunks, in U.S.A., nicht der Fall gewesen. Der amerikanische Broadkasting dient ausschliesslich merkantilen Interessen, auch wenn es den Anschein hat, als ob kulturelle Zwecke verfolgt würden.

Es ist ein wichtiger Beitrag zur Völkerpsychologie, wie die Nationen ihren Rundfunk behandeln. Wie man sich auch immer zur Politisierung der Sender einstellen mag: Es kann heute nicht mehr übersehen werden, dass diese grösste Erfindung unseres Jahrhunderts auch gleichzeitig ihr grösster Machtfaktor geworden ist. Mögen die Völker ihn im Sinne des Fortschrittes und der Menschlichkeit anwenden!

Dr. PAX.

Ernst Toller:

Kriegsfreiwilliger

TOLLER

Im Verlage Querido—Amsterdam erscheint in Kürze das neue Toller-Buch „Eine Jugend in Deutschland". Toller schildert darin seine Jugend, die, wie er im Vorwort schreibt, die Jugend einer Generation und ein Stück Zeitgeschichte ist. Den Geist des Buches charakterisieren diese Sätze aus dem Vorwort: „Wenn das Joch der Barbarei drückt, muss man kämpfen, und darf nicht schweigen. Wer in solcher Zeit schweigt, verrät seine menschliche Sendung." Mit Erlaubnis des Verlags bringen wir einen Teil des Kapitels „Kriegsfreiwilliger" zum Vorabdruck.

Nachmittags gerate ich in einen Zug, der zum italienischen Konsul zieht. Italien kämpft mit uns, heisst es, wir singen, „Deutschland, Deutschland über alles", wir lassen Italien hoch leben und die Treue unserer Verbündeten.

Am nächsten Morgen melde ich mich bei der Artillerie, der Arzt untersucht mich, schüttelt den Kopf, ich habe Angst, dass ich nicht angenommen werde, ich sage, der Augenschein trügt, ich bin stark und gesund, ich muss angenommen werden, ich will in den Krieg. Der Arzt lächelt gutmütig, ich bin angenommen.

Die alte vertragene Unifor[illegible] schlottert um meine Glieder, die Stiefel drücken mich und meine Füsse schmerzen, aber ich bin stolz, endlich bin ich Soldat, aufgenommen in die Reihen der Vaterlandsverteidiger. Ich kann einen Gemeinen nicht von einem General unterscheiden, so grüsse ich mit geblähter Brust jeden, der mir begegnet. In der Trambahn spricht mich ein bieraufgeschwemmter Spiesser an. Aus dem Rock zieht er die Zigarrentasche, öffnet sie, links liegen helle gute Zigarren, rechts verkümmerte schwärzliche mit prahlerischer Bauchbinde, er zeigt auf die mit der Bauchbinde, ich muss eine nehmen, jovial schlägt der Mann mir auf die Schenkel: „A Pardon gebns den verkommenen Franzosen fei net, Herr Krieger!" An der nächsten Haltestelle verlässt er den Wagen, noch bevor der Schaffner merkt, dass er kein Billet gekauft hat.

Alte Unteroffiziere und junge Kadetten lehren uns, wie ein richtiger Mann stillzustehen und wie er sich zu rühren hat, bringen uns den Stechschritt bei. Wir lernen, dass niemand ein Held des Krieges werden kann, der den Stechschritt des Friedens nicht „wie im Schlaf" beherrscht.

Zwei oder dreimal am Tag läuten die Glocken. Wir werden zusammengerufen. Der Offizier verkündet neue Siege. Wir schreien „Hurra!" Wenn die Truppen so weiter siegen, wird der Krieg auch ohne uns gewonnen.

Mitte August verlassen wir, blumengeschmückt, von Frauen und Kindern begleitet, München. Noch ziehen wir nicht ins Feld. Mit unbekanntem Ziel fährt der Zug ab. Tagelang fahren wir. Auf einer Bahnstation, an der wir halten, steht im Nebengeleis ein Lazarettzug. An Krücken humpelt mit zerrissenen und blutbefleckten Kleidern einer, dem sie ein Bein weggeschossen haben. Ich sehe zum ersten Mal einen Verwundeten. Ich sehe ein lehmgelbes, eingefallenes Gesicht, müde, blicklose Augen, in der Brust spüre ich einen stechenden Schmerz, ich habe Angst, ich will keine Angst haben, ich will nicht weich werden, was liegt an uns, ich denke an Deutschland.

Mitten in der Nacht schreckt uns eine Stimme aus dem Schlaf; wir fahren über den Rhein. Wir springen auf, wir öffnen die Fenster, unter uns fliesst schwarz und still der Rhein. Die Kadetten ziehen die Säbel aus der Scheide, „Achtung!" schreit einer, ein andrer singt „Die Wacht am Rhein", wir singen mit und schwingen drohend unsere Gewehre.

Ja, wir leben in einem Rausch des Gefühls. Die Worte Deutschland, Vaterland, Krieg haben magische Kraft, wenn wir sie aussprechen, verflüchtigen sie sich nicht, sie schweben in der Luft, kreisen um sich selbst, entzünden sich und uns.

In Bellheim in der Pfalz, nahe der Festung Germersheim, beziehen wir Quartier. Der Lagerraum einer chemischen Fabrik dient uns als Schlafraum, der beizende Dunst der Säuren vermischt sich mit den Ausdünstungen unserer Körper, eine Strohstatt ist unser Lager, ein Pferdevoilach unsere Decke. Das Stroh wird von unseren kotbespritzten Stiefeln dumpf und faulig, die Decke feucht und schimmlig. Wir beklagen uns nicht, je härter umso besser, die im Schützengraben haben kein Dach überm Kopf, jede Entbehrung bringt uns ihnen näher. Werden zu schmutzigen Arbeiten Freiwillige verlangt, melden sich alle. Wenn ich das stinkende Klosett reinige, fühle ich mich ausgezeichnet und erhöht. Zu essen gibt es reichlich, zu reichlich. Jeden Tag sind die Abfallfässer voligepfropft mit vertrockneten Broten und fetten Fleischstücken.

Die Vorgezetzten wissen mit unserm Enthusiasmus nichts anzufangen. Wir werden sinnlos gedrillt. Hat es geregnet, ist der Exerzierplatz aufgeweicht und schlammig, bekommt die Stimme des Unteroffiziers einen süsslich schmierigen Ton: „Hinlegen!", flötet er, „Aufstehen! Hinlegen! Aufstehen!" Wir schmeissen uns in den Dreck, wir stehen auf, wir schmeissen uns wieder in den Dreck, wir müssen mit dem Kopf im Schlamm liegen bleiben, nach der Exerzierstunde starren wir vor Nässe und Schmutz. Auf dem Heimweg befiehlt der Feldwebel, dass wir das Lied „Wie ein stolzer Adler" singen. Einer bittet, man soll uns frisches Stroh geben, der Wunsch wird nicht erfüllt. Erst als das Ungeziefer uns nicht mehr schlafen lässt und selbst beim Appell die Soldaten sich jucken und kratzen, und der Arzt feststellt, dass alle ohne Ausnahme Filzläuse haben, muss das Stroh verbrannt und der Raum desinfiziert werden.

Im Januar 1915 verlassen wir die Pfalz. Vor unserer Abfahrt hält der Hauptmann eine Rede: wir kämen zwar in deutsches Land, aber verdächtige Menschen wohnten dort, fast Feinde, vor denen wir uns in Acht nehmen müssten, wir würden bei Bürgern einquartiert werden, aber wir dürften ihnen nicht trauen und müssten nachts die Stuben verriegeln und die Waffen bereithalten.

Das Land, von dem der Hauptmann spricht, ist Elsass-Lothringen, seit dreiundvierzig Jahren deutsches Reichsland.

Wir beziehen in den Dörfern vor Strassburg Quartier. Wir heissen jetzt Ersatzbataillon des I. Fuss-Artillerieregiments. Ich wohne bei einem Gastwirt, der an der russischen Front kämpft, seine Frau und seine Tochter, deren Mann in Frankreich kämpft, verwalten die Wirtschaft. Ich werde mit gutem Wein und gutem Essen freundlich aufgenommen, aber ich bin misstrauisch am ersten Abend, ich verschliesse die Tür und lade mein Gewehr. Ich träume, die alte und die junge Frau schlagen meine Tür ein, und während mich die junge festhält, schneidet mir die alte mit einem Küchenmesser die Kehle durch. Schreiend fahre ich auf, es hat an meine Tür geklopft, draussen steht die Alte, fragt mich, ob ich zum Früstück ein Ei essen möchte, ob ich schmutzige Wäsche habe, ich solle mich um nichts sorgen, sie werde alles in Ordnung halten. Am nächsten Abend lasse ich meine Tür offen und die Muniton in der Patronentasche. Einmal, als ich mit der jungen Frau mich unterhalte,. klagt sie über das Misstrauen der Offiziere und Beamten, der elsässische Soldat werde kontrolliert und bespitzelt, die Bevölkerung schikaniert, was den Franzosen nicht gelänge, würden die Preussen erreichen: das Band zu Deutschland würde zerschnitten.

Wir werden weiter gedrillt, auf dem Exerzierplatz hören wir jeden Tag, dass uns „die Eier geschliffen werden müssen".

Der Bewegungskrieg in Frankreich ist zum Stellungskrieg geworden, niemand weiss warum, von der verlorenen Marneschlacht haben die Zeitungen nichts berichtet, die Deutschen siegen immerfort, trotzdem ist Paris nicht gefallen, trotzdem geht der Krieg weiter.

Es ist März 1915, die Untätigkeit wird unerträglich. Den halben Tag stehen wir wartend umher, zwischen Warten und Drill verrinnt die Zeit. Ab und zu werden vom Feld Soldaten angefordert. Als eines Tages der Hauptmann drei Mann für einen Zug in Frankreich aussucht und wieder an mir vorbeigeht, trete ich unmilitärisch vor und melde mich.

— Sie sind nicht kräftig genug, sagt der Hauptmann.

— Ich bin noch kräftiger, ich ertrag's nicht mehr hier, ich will ins Feld!

Der Feldwebel erstarrt, die Unteroffiziere werfen mir wütende Blicke zu, der Hauptmann weiss nicht recht, was tun, er schwankt, ob er mich bestrafen soll, er dreht sich um und ruft dem Feldwebel zu:

— An die Front mit ihm!

Prozess um

Briands Liebesbriefe

Erst schien es, als ob dennoch ein Ausgleich zustande kommen und der Welt dieser Prozess erspart würde. Heute sind die Verhandlungen zwischen den feindlichen Parteien so weit, dass sie fast als gescheitert betrachtet werden können und in der Verhandlungsliste des Zivilgerichtes an der Seine ist das Datum der Affaire schon festgesetzt: Nouteau contre Briand.....

Vor Briands Tode waren es verhältnismässig Wenige, die diesen Namen kannten, der dem grossen Politiker in seiner Jugend so verhängnisvoll geworden war. Man wusste nur von einer „Affaire" und diese „Affaire" wurde ihm sein ganzes Leben lang von seinen Gegnern vorgehalten, in der absurdesten und ungeheuerlichsten Weise verzerrt. Was wirklich dahinter stand, hinter dieser Verurteilung wegen eines Sittlichkeitsdeliktes, das wussten die Wenigsten, und jene, die sich der „Affaire" als politischen Kampfmittels in der niederträchtigsten Art, bedienten, die wollten es nicht wissen. Der Schleier, der über dieser Geschichte lag, kam ihnen sehr gelegen. Sie hüteten sich wohl, ihn zu lüften.....

In wenigen Worten möge die Affaire rekapituliert werden: der junge Briand, Rechtsanwalt und radikaler Politiker in Nantes und als solcher von den Bürgern der Stadt mit schiefen Blicken angesehen, verliebt sich in Madame Nouteau, die Gattin eines Richters der Stadt. Frau Nouteau erwidert diese Liebe, und es kommt zu geheimen Zusammenkünften. Eine dieser Zusammenkünfte ereignet sich in einem öffentlichen Park und zwar nach Einbruch der Dunkelheit. Das Paar wird von einem Parkwächter überrascht (später wurde

nachgewiesen, dass der Parkwächter von Gegnern Briands verständigt worden war) und Briand zum Kommissariat gebracht, wo er sich legitimieren muss. Frankreich, das toleranteste Land bei der Beurteilung derartiger Delikte zeigt sich dem jungen Politiker gegenüber von unbarmherziger Strenge. Briand wird wegen Vergehens gegen die öffentliche Sittlichkeit angeklagt und bedingt verurteilt. Er muss die Stadt und das Barreau verlassen. Die Kampagne gegen ihn nimmt an Erbitterung noch zu, als man erfährt, dass Madame Nouteau ihren Gatten verliess, um mit Briand zu leben. Auch die endliche Löschung dieser grotesken Strafe vermag an der Hetze gegen den Politiker nichts zu ändern. Andere Waffen besitzen seine Gegner nicht. So halten sie die einzige armselige und schändliche fest in Händen, und noch vierzig Jahre später schleudert man dem Ministerpräsidenten vor versammelter Kammer die Worte enegegen, „Und die Affaire von Nantes....." Briands einzige Antwort war Achselzucken.

Nicht eimal Briands Tod vermochte die Affaire auszulöschen. Diesmal aber waren es nicht die politischen Gegner, die sie ausgruben, sondern Frau Nouteau und die Verwandten des Verstorbenen. Die Testamentseröffnung ergab, dass Briand sein gesamtes Vermögen, das sich auf etwa drei Millionen Francs beläuft, seinen Verwandten, der Schwester und einem Neffen vermacht hatte. An Frau Nouteau hatte er nicht gedacht oder aber hatte er versäumt rechtzeitig zu denken. Diese trat nun an die Erben mit der Forderung heran, ihr als Lebensgefährtin des Verstorbenen einen Teil des Nachlasses zuzusprechen. Sich auf die Tatsache stützend, dass der Erblasser in den letzten zehn Jahren nicht mehr mit ihr sondern allein gewohnt hatte, verweigerten die Erben die Bitte Frau Nouteaus.

Ob es nun die Rache einer Gekränkten oder aber wirkliche Not ist, das möge dahingestellt bleiben, Frau Nouteau bediente sich jedenfalls der einzigen Waffe, die sie besitzt: sie kündigte die Veröffentlichung der Liebesbriefe an, die ihr Briand in diesen ganzen Jahren geschrieben hatte.

Ob die Verwandten diese Ankündigung für eine leere Drohung hielten oder aber ob ihnen an der Veröffentlichung wenig lag, — jedenfalls blieb die Ankündigung ohne Wirkung, aber mur so lange, bis ein amerikanischer Zeitungskonzern auf den Plan trat und Frau Nouteau etliche tausend Dollars bot. Jetzt traten die Verwandten in Aktion, boten erst einen Preis an, den Madame Nouteau viel zu niedrig fand. Die Verhandlungen gingen hin und her, der Ton wurde immer schärfer, die Verständigungsmöglichkeiten immer geringer, und endlich machte man Madame Nouteau klar, dass man Mittel und Wege finden würde, um die Publizierung zu verhindern.

Frau Nouteau hat gegen die Erben Briands die Klage eingereicht. Nun wird „die Affaire", diese so oft als vergiftete prolemischeWaffe benützte Liebesgeschichte zweier Menschen vor Gericht gezerrt und ein paar hundert Liebesbriefe vorgelesen werden, die einer der grössten Männer der Gegenwart an seine Freundin schrieb.

F. MALATERRE — PARIS.

Wiener Brief:

Der Train als politischer Faktor

Als wir junge Burschen waren, trat uns der Ernst des Lebens zuerst beim Militär entgegen. Es gab Einjährig-Freiwillige auf „Staats" und auf „eigene Kosten" und dann die von der Kavallerie. Bei der Kavallerie musste der Papa den Pauschalbetrag für einen Gaul hinlegen und da zeigte es sich, wer zu den wirklich feinen Leuten gehörte und wer nicht. Bei der Sirkecke, am Korso vor der Oper enthüllte sich vieles. Gott aber hatte in seiner Weisheit durch das k.u.k. Reichskriegministerium einst beschlossen, dass die Trainregimenter des k.u.k. Heeres eine Uniform bekamen, die bei angelegtem Mantel so aussah wie die der Preussenhusaren; rote Kappe, lichblaue Aufschläge, brauner Mantel. Und einen Gaul musste man beim Train nicht bezahlen. So kam es, dass die Einjährig-Freiwilligen-Schule des Trainregiments Nr. 1 in Wien stets einen Mammutstand aufwies und die Bälle der Trainfreiwilligen im Fasching ein gesellschaftliches Ereignis für alle Bürger vom Grund waren, aber auch für den Franz-Josefskai und den Salzgries, wo die mosaische Textilbranche horstete.

Das ist alles so seine 2o bis 25 Jahre her. So lange ist es auch her, dass der Train den mosaischen Kaufleuten allmählich zu power wurde und der Schlager entstand „Der Siegismund, mei Sohn, er dient nix wie Sie manen beim Train, na, bei Ulanen..." Die Söhne der christlich-sozialen Kaziken von damals aber, der Bezirksräte, der Armenräte, der Fleischhauer, der Schwerfuhrwerksunternehmer, der Bäcker, der kaiserlichen Räte, der Hofphotographen und weiss Gott, was sie noch alles waren, blieben der Fuhrwesenspeitsche treu und mit den organisatorischen Veränderungen der Traintruppe, die ihr den Rosschweif der Artillerie auf die Tschakos brachte, wuchs der Bedarf an aktiven Offizieren.

Kein Mensch hätte damals geahnt, dass aus diesem Offizierskorps k l e i n s t bürgerlicher Zusammensetzung einst die Staatsmänner des österreichischen „Autoritätsregimes" hervorgehen würden.

Vaugoin.

Heute ein sechziger, war er sechs Jahre lang aktiver Trainoffizier. Aus privaten Gründen verliess er den Militärdienst und war lange Jahre, wie eben eine Gerichtsverhandlung erhellte, Versicherungsagent. Er hatte sogar die Charge niedergelegt und ist nach seiner Musterung in den ersten Kriegsmonaten als „Gemeiner" eingerückt der aus „Allerhöchster Gnade" für Kriegsdauer die Charge eines Landsturmrittmeisters bekam. Er ist nie in die Nähe der Front geraten, er besitzt nicht eine einzige Kriegsauszeichnung der alten Monarchie, hat nur die Jubiläumsmedaille von 1898, dem fünfzigjährigen Regierungsjubiläum Franz Josefs. Seine politische Laufbahn nach 1918 ist bekannt. Er wurde Heeresminister und hat das Bunderheer in dem Kompagnien von Oberstleutnants geführt werden, in eine christlichsoziale Parteigarde verwandelt. Heute eine Tatsache von Bedentung für Europa, was sage ich, für die Welt, denn das Bundesheer ist das eigentliche Rückgrat der Regierung Dollfuss, die sich nur dank der Tatsache, dass seit Jahren bloss die Empfehlung der Pfarrämter die Assentierung ermöglichte, eines gut bewaffneten Machtapparates, der so ziemlich verlässlich ist, bedient. (Es sind nicht mehr als rund 600 Militärpersonen wegen Nazigesinnung ausgestossen bzw. fahnenflüchtig geworden).

VAUGOIN

Sein Gegenspieler: Emil Fey.

Aktivierter Einjähriger, mit dem Rang von 1908, ist Fey Heldenspieler. Ein leibhaftiger Theresienritter. Man denke: Der Theresienorden ist das Höchste für einen Militaristen. Nach Kolin von Maria Theresia gestiftet, ist er nur für Heldentaten bestimmt, die gegen den Befehl der Vorgesetzten unternommen wurden. Der Held muss ihn selber verlangen. Nicht der Kaiser, sondern das Ordenskapitel verleiht ihn.

Jeder Theresienritter wurde Baron und erhielt eine Jahresrente van 4000 Goldkronen.

Wie kommt nun aber ein Trainoffizier zum Theresienkreuz? In Oesterreich war immer alles Sache der Protektion. Hören Sie. Emil Fey, erst Leutnant, dann Oberleutnant bei der Traindivision Nr. 16 in Mostar (Bosnien) wird 1915, nachdem die meisten aktiven Infanterieoffiziere gefallen sind, durch einen Kriegsministerielerlags wie alle aktiven kriegsdiensttauglichen Offiziere der Train- und der Sanitätstruppe zur Infanterie gesteckt. Er kommt zum vierten (detachierten)

FEY

Bataillon des Wiener Hausregimentes Deutschmeister, ist ein schneidiger Kompanie-später Bataillons-Kommandant, wird verwundet und schliesst den Weltkrieg folgendermassen ordensgespickt ab: Eiserner Kronenorden 3. Klasse mit Schwertern, Militärverdienstkreuz mit Schwertern, Militärverdienstmedaille mit Schwertern (zweimal), Militärverdienstmedaille am Band der Tapferkeitsmedaille. Alles wie es für einen aktiven Bataillonskommandanten so selbstverständlich war, dass diese Ordensbänder sozusagen zur vorgeschriebenen Adiustierung gehörten.

Num aber begann nach dem ersten Schrekken des Umsturzes bekanntlich jener merkwürdige Prozess der Liquidierung des k.u.k. Heeres, den zu beschreiben nur ein Thukydides würdig wäre, und damit lebten die Ordenskapitel des Theresienordens wieder auf. Wohl konnten sie niemanden mehr baronisieren noch mit Renten ausstaffieren, aber das weiss emaillierte kleine Kreuzlein, das war halt wenigstens etwas.

Nun aber hatte sich es gefügt, dass Emil Fey der Schwiegersohn des Theresienritters Mételèt Oberstleutnant des Egerländer Infanterieregiments geworden war, und wer den Geist der alten k.k. Kommiss-Kaste kennt, wird sich nicht wundern, dass schliesslich der zweifellos tapfere Emil Fey, (so tapfer wie mindestens zehntausend Offiziere der alten Armee es auch gewesen sind), das Theresien-Kreuz bekam.

Fey hat seinen Weg über die Windjackenromantik der Frontkämpfer und Heimwehren zu machen verstanden. Er hat den Versicherungsagenten Vaugoin, den Titular-General der Infanterie des Bundesheeres, den Regimentsinhaber des Infanterieregimentes Nr. 5 vor wenigen Tagen bei vierzehn Dutzend Schalen schwarzen Kaffees aus dem Sattel gehoben. Vaugoin mit sämtlichen päpstlichen Grosskreuzen und „Rot Kreuz"-Orden behängt, hat sich in die unbesoldete Ehrenstelle des Präsidenten der Bundesbahnen trollen müssen. Dollfuss, das „studierte" Bauernkind, fing sich die Macht im Handumdrehen. Alle wichtigen Ministerien in seiner Hand. Fey sein Vizekanzler, aber o h n e Portefeuille. Mit der Starrheit seines verletzten Gesichtes erinnert Fey an den Cäsar, wie man ihn in den achtziger Jahren am Linzer Stadttheater gespielt haben mag. Ein dekorativer Kandelaber vor einem Plüschvorhang.

Der Faschismus mit zwei Konsuln an der Spitze ist neu. Eigentlich ein Triumvirat, denn Starhemberg gehört dazu. Keiner davon will ein Geschobener sein. Zeichnen sich bereits Konturen neuer unerhörter Kabalen ab? Am Ballhausplatz? Vergesst nicht, dass hier der Weltkrieg ausbrach. In denselben Zimmern, in denen Fey und Vaugon vor Dollfuss kämpften.

GAMURET FRONAUER.

Bergherren machen Politik

Thyssen, Vögler, Flick kassieren im Dritten Reich die Zinsen ihrer früheren Nazi-Subventionen

In Essen fand zum Weekend ein Bergmannstag statt. Bergleute, die Kohle hacken, waren nicht dabei, nur die Bergleute vom Direktor an aufwärts waren erschienen. Diese haben sich dann bitter darüber beklagt, dass die Machthaber der letzten, nun gottlob hinter uns liegenden 14 Jahre, zwischen ihnen und den anderen Bergleuten, die mit der Kohlenhacke arbeiten, eine künstliche Kluft geschaffen haben. Jetzt ist sie wieder geschlossen, was des Volkskanzlers grosses Werk ist, wofür ihm heisser Dank gebührt. Wirtschaftliche Fragen zu erörtern, wurde mit voller Absicht unterlassen, weil die Dinge noch im Fluss seien und es ausserdem ja nicht auf Worte, sondern auf Taten ankomme.

Und Taten haben diese „Bergleute" in letzter Zeit mehrere vollbracht. Davon einige Proben.

* * *

Auslandsschulden brauchen die Herren der Westdeutschen Schwerinindustrie weder zurückzuzahlen noch zu verzinsen. Diese Sorgen hat ihnen Schacht durch sein Transfermoratorium abgenommen. Den Inlandsgläubiger hingegen erledigen sie allein. Ihm gegenüber Transferschwierigkeiten vorzuschützen, geht nicht. Was tun? Der Zechenkonzern Ewald-König Ludwig hatte 95 Millionen Mark Schulden, davon 70 Mill. Bankschulden. Zwecks Sanierung wurden die Kuxen beider Gewerkschaften in Aktien verwandelt, das Aktien-Kapital sehr stark zusammengelegt und dann wieder durch Neuausgabe von Aktien erhöht, um so dem Unternehmen neues Blut zuzuführen. Wer aber sollte die neuen Aktien kaufen? Wenn sich niemand fand — und es fand sich niemand — dann musste sie der Gläubiger nehmen. Damit hätte sich wirtschaftsrechtlich jener Prozess vollzogen, der dem Wesen der auf Unternehmerinitiative beruhenden kapitalistischen Wirtschaft entspricht. Die Verlagerung der Eigentumsrechte vom bisherigen Besitzer zum Gläubiger ist, nebenbei gesagt, auch der einzige Weg der kapitalistischen Sanierung. Nur einen Fehler hat diese Methode, sie ist sehr schmerzhaft für den bisherigen Eigentümer.

Aber diesem Schmerz kann man entgehen, wenn man, wie weiland im Hitlerdeutschland Fritz Thyssen, Staatsrat, Wirtschaftsdiktator für Rheinland-Westfalen und stellvertretender Vorsitzender im Generalrat der Wirtschaft ist. Man kann ihm umso leichter entgehen, wenn der „bevorrechtigte" Hypothekar zu den „raffenden" Kollegen und gar noch zu den aus der deutschen Volkswirtschaft auszurottenden Juden gehört. Ende Juni 1932 plante man die beide Gewerkschaften umfassende A.G. mit 16 Mill. Aktienkapital auszustatten, wovon die ehemaligen Gewerkschaften nom. 6 Mill. und die Banken nom. 10 Mill. Mark Aktien erhalten sollten. „Dieser Plan, der von den Banken bereits als das äusserste des von den Gläubigern Vertretbaren, dargestellt wurde, stiess dann in den Gewerkenversammlungen auf eine Opposition, in der die Gruppe Thyssen tonangebend war", erklärte später der General-Versammlungsbericht. Der Erfolg dieser Opposition stieg im Dritten Reich zusehends. **Jetzt umfasst die neue Aktien-Gesellschaft 21 Mill. Aktien-Kapital. Davon bekommen die ehemaligen Gewerken (unter ihnen Thyssen) nom. 14 Mill. Aktien und die Banken 7 Mill. Ausserdem werden die Banken von der Gewinnbeteiligung so gut wie ausgeschlossen, da die erzielten Gewinne über eine komplizierte Genussscheinkonstruktion von den freien Aktionären zur Vergrösserung ihres Aktienbestandes verwandt werden sollen. Ferner müssen die Bankgläubiger noch eine Million ihrer Guthaben auf die Dauer von vier Jahren zinslos und den Rest für 6 Jahre zu einem auf 4% ermässigten Zinsfuss stunden.**

Der Hauptgläubiger von Ewald-König Ludwig ist ein Essener Bankhaus, das besonders das Kuxengeschäft pflegte und stark mit Auslandskrediten arbeitete. Wieviel Zinsen wird es denn nach dieser Operation noch auf die diversen „Sperrkonten" bei der Reichbank zu überweisen in der Lage sein? Aber wie sich die Banken mit ihren Kunden auseinandersetzen, ist für Thyssen Nebensache, denn bei ihm geht „Gemeinnutz vor Eigennutz". Zu allem Hohn haben ihn noch Verwaltung, Opposition und Banken „gebeten", den Vorsitz im Aufsichtsrat der neu zu bildenden Gesellschaft zu übernehmen. Wahrlich, es lohnt sich im Dritten Reich Antisemit und Staatsrat zu sein.

* * *

Im Zusammenhang damit fühlen wir uns verpflichtet, die Welt auf einen riesengrossen Betrug hinzuweisen, dessen Plan fix und fertig vorliegt, zu dessen endgültiger Durchführung nur noch eine kleine Formalität fehlt. Sicherem Vernehmen nach wird diese schon in den allernächsten Tagen ihre Erledigung finden, und der Raub am deutschen Staatsvermögen wird Tatsache werden. Wieder erscheint dabei der Name Fritz Thyssen.

Es war im Frühjahr 1932, da telegraphierte der Grossindustrielle Flick an den damaligen Reichsfinanzminister Dietrich, dass ein belgisch—holländisches Bankenkonsortium ihm, Flick, für sein Paket Aktien der Gelsenkirchener Berwerks—A.G. eine grosse Summe geboten habe. Als nationaler Mann fühle er sich verpflichtet, dem Reiche davon Kenntnis zu geben, damit dieses das Unheil der Überfremdung abwenden könne, indem es ihm..... mehr zahlt als jenes Konsortium von Ausländern, denn wer die Mehrkeit von Gelsenberg besitze, beherrsche auch den grössten deutschen Montankonzern, die Verein. Stahlwerke A.G. Finanzminister Dietrich machte 100 Mill. locker und kaufte Flick das Mehrheitspaket an Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks A.G. ab.

So wurde das deutsche Reich Mehrheitsbesitzer bei Gelsenkirchen, und da im Portefeuille dieser Gesellschaft noch nom. 250 Mill. Stahlvereinsaktien lagen und zugleich die beiden Montankonzerne Phönix und van der Zypen von Gelsenberg beherrscht wurden, die ihrerseits wieder über nom. 212.5 Mill. Stahlvereinsaktien verfügten, gehörten dem Reich insgesamt 468.5 Mill. oder rund 60% des 775 Mill. Mark betragenden Aktienkapitals der Verein. Stahlwerke A.G. Deutschlands grösster Montantrust war in Staatsbesitz übergegangen.

Fritz Thyssen blieb trotz allem Vorsitzender des Aufsichtsrats im Stahlverein. Was er im dritten Reich alles wurde, ist schon gesagt worden. Der Generaldirektor des verstaatlichten Riesenkonzerns, Albert Vögler, wurde neben Thyssen Mitglied im Generalrat der Wirtschaft. Beide lösten nun, was ihnen unter dem „Sozialisten" Schleicher nicht gelungen war, im Zusammenwirken mit Schmitt und Schacht das Stahlvereinsproblem in ihrem Interesse. Es werden nach dem vorliegenden Plan alle vier Konzerne: Gelsenberg, Phönix, v. d. Zypen und Stahlverein in einer Holdinggesellschaft vereinigt, die mit einem Aktienkapital von 540 Mill. Mark ausgestattet wird. Und jetzt kommt es:

Das Reich wird an dieser alle genannten Unternehmen beherrschenden Gesellschaft mit nur 20% beteiligt sein, also aus der Rolle des Beherrschers zum Fünftelmitglied degradiert.

Dieser Besitzumschachtelung mussten die Anleihegläubiger ihre Zustimmung geben. Sie haben sie alle erteilt, nur eine steht noch aus, weil es sich um eine nicht dinglich gesicherte Hypothek handelt und deshalb die Frage, ob die Übertragung auf die neue Gesellschaft die Gläubiger nicht benachteiligt, schwieriger zu beurteilen ist. Jetzt aber soll, so melden die Zeitungen, auch darüber Klarheit herrschen und die Zustimmung der Anleihegläubiger bevorstehen. Dann wird der Raubzug auf das Reichseigentum unverzüglich durchgeführt werden.

* * *

In Essen aber war Bergmannstag. Über wirtschaftliche Dinge haben die Grubenkapitäne nicht geredet, gehandelt hatten sie schon lange vorher.

PHILIPP KNAPP

Querschnitt der Woche

Nach zweitägiger Parlamentstagung ist die Regierung Lerroux durch ein Misstrauensvotum der Sozialisten und der Azana-Partei zum Rücktritt gezwungen, nachdem Lerroux am Montag seine Antrittsrede im Parlament begonnen hatte. Die Haltung Lerroux hat sich in diesen zwei Tagen als recht kläglich herausgestellt. Mit seiner Kundgebung in den Cortes hat er sich noch mehr als den Mann erwiesen, der nicht dazu geeignet ist, die Regierung seines Landes zu führen und dafür alle Fähigkeiten entbehrt. Sein Programm stützte sich auf 1. die Verteidigung der Laiengesetzgebung; 2. Durchführung einer gemässigten Agrarreform; 3. Wiederherstellung der öffentlichen Ruhe durch bewaffnete Eingriffe gegen Ruhestörer; 4. eine Sozialreform, jedoch eine Reform zu Gunsten der Arbeitgeber; 5. Amnestie, aber ohne Kommentar, für wen die Amnestie geplant sei. Lerroux betonte, das Parlament habe alles Vertrauen verloren, und er werde nicht davor zurückschrecken, die Volksvertretung aufzulösen.

Einen tiefen Eindruck machte die Rede des zurückgetretenen Minister-Präsidenten Azana, der erklärte, für das Misstrauensvotum der Sozialisten stimmen zu wollen. Lerroux erwiderte daraufhin, Azana sei herzlos und ein Berufspolitiker. Er sei nicht gewillt, das Ergebnis der Abstimmung abzuwarten, und er wollte sich sofort zum Präsidenten der Republik begeben, um seine Demission vorzutragen. Der Kammerpräsident Besteiro erklärte, der Ministerpräsident solle doch die Höflichkeit haben, mindestens die Abstimmung abzuwarten. Mit 189 gegen 91 Stimmen versagte darauf das Parlament Lerroux das Vertrauen. Der Präsident der Republik, Zamora, hat die Demission Lerroux akzeptiert.

Die Konferenz der Labour Party

In Hastings, wo unter dem Vorsitz von Compton, die diesjährige Konferenz der englischen Labour Party eröffnet wurde, steht ein Antrag von Sir Stafford Cripps zur Debatte, der die prinzipielle Diskussion über Diktatur und Demokratie noch einmal in Gang bringen wird. Cripps hat, wie bekannt, vor kurzem in einem Sammelwerk der Sozialistischen Liga, in der die radikale Intelligenz der L.P. vereinigt ist, die „Probleme einer sozialistischen Regierung" dahingehend formuliert, dass sie zur Durchsetzung tiefgreifender Massnahmen den Weg der Diktatur der Mehrheit nicht scheuen dürfe. Der Antrag Cripps' sieht neben der Abschaffung des Oberhauses und einer Änderung des Reglements des Unterhauses einen Entwurf vor, in dem für die kommende sozialistische Regierung in England weitgehende Vollmachten gefordert werden, um es ihr zu ermöglichen, auf legalem Weg den Uebergang zum Sozialismus zu vollziehen. Weiterhin enthält der Antrag die Forderung nach einem auszuarbeitenden Plan für Industrie, Finanzen und den auswärtigen Handel, an Hand dessen die sozialistische Regierung die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Not bewerkstelligen soll. Cripps will seinen Antrag zu einem offiziellen Programmteil der L.P. erheben lassen. Die Opposition der Mehrheit gegen Cripps wird Henderson zum Sprecher haben.

Die Konferenz von Sinaia

Am 24. September trat die nunmehr beendigte Sitzung des Ständigen Rates der Kleinen Entente in Sinaia (Rumänien) zusammen. Ausser den Ministern des Auswärtigen der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens waren König Carol von Rumänien und König Alexander von Jugoslawien anwesend. Die Tagung erklärte einhellig, dass die Kleine Entente auf die Einhaltung der Friedensverträge bestehen müsse und sich dem Anschluss Oesterreichs an Deutschland widersetze. Es wurden in Sinaia zahlreiche Beschlüsse gefasst, die eine engere politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der drei Staaten anstreben. Die Bedeutung der Konferenz wird unterstrichen durch Besprechungen, die Vertreter der kleinen Entente im Anschluss an die Tagung in Angora mit Khemal Pascha und in Athen führten.

Der Block der südosteuropäischen Staaten wird in zunehmendem Masse zu einem wichtigen Faktor der europäischen Politik. Innerhalb des grossen Gegensatzes Frankreich—Deutschland bilden jene Staaten, die alle Nichtangriffspakte mit der Sowjetunion abgeschlossen haben, das Mittelglied der neuen diplomatischen Front Paris—Moskau.

Mussolinis Donauplan

Die politische Gefahr, die ein festgefügter Block in Südosteuropa unter französischem Einfluss für Italien bedeutet, hat Mussolini zu einem Gegenzug veranlasst, der das unmittelbare Echo auf Sinaia zu bedeuten scheint. In Genf hat der italienische Unter-Staatssekretär Suich ein italienisches Donauprojekt vorgebracht, dessen Inhalt zwar nicht sehr konkret, aber in der Tendenz eindeutig ist. Der italienische Plan sieht vor, dass die Donaustaaten ein System von Handelsverträgen schliessen, in denen der gegenseitige Absatz von Industrie- und Agrarprodukten zahlenmässig in ein Verhältnis gebracht werden, derart dass soviel an Industriewaren ausgeführt werden soll wie das Bezugsland an Agrarprodukten dem Exportland liefert. Der politische Sinn des Mussolinischen Vorschlags ist, die Kleine Entente durch Bindungen an die übrigen Donaustaaten (Ungarn und Oesterreich), die unter italienischem Einfluse stehen, zu neutralisieren. Frankreich hat gegen den Mussoliniplan bereits Widerspruch erhoben.

Ein Gruss aus Danzig

Aus dem von den Nazis unterdrückten Danzig geht uns über romantische Umwege folgender Kartengruss zu:

„Beste Grüsse senden Euch mehrere Danziger Sozialdemokraten. Wir freuen uns stets auf Eure Zeitung, weil sie die einzige ist, die uns die Wahrheit berichtet. Wir kämpfen trotz aller Schikanen für die Freiheit. Wir wissen, internationale Solidarität und Freiheit werden für alle Zukunft weiter leben."

* * *

Wir danken den Danziger Freunden und wollen ihnen auch ferner durch die Tat beweisen, dass wir Treue um Treue halten werden.

Studenten lernen... schiessen

Alle Studenten deutscher Universitäten sind verpflichtet, jeden Montag und Mittwoch „Wehrsport" mitzumachen, der von 5.30 bis 11 Uhr morgens dauert. Es handelt sich um Training für den Kriegsdienst. Der Sonnabend jeder Woche ist reserviert für endlose Feldmärsche, die abends mit Schiessübungen enden. Während der verbleibenden Freizeit haben die Studenten das Recht, ihre Studien fortzusetzen.

Die geknebelte Presse

Goebbels erteilt strenge Instruktionen

Die deutsche Presse wird, je länger je mehr, in eine Serie amtlicher Mitteilungsblätter nach einheitlichem Klischee verwandelt. Kein Ereignis darf anders als nach den Richtlinien des Propagandaministeriums oder anderer behördlicher Stellen beurteilt werden. Die Pariser „Correspondence allemande" veröffentlicht diesbezügliches Material. In streng vertraulichen Mitteilungen der Presseabteilung des Reichinnenministeriums wird am 1°. August verordnet, dass über die Rede des österreichischen Naziführers Habicht keine Kommentare zu bringen seien. Am 21. August heisst es: „Keine Mitteilungen über die Organisation der Wehrwissenschaften an den Hochschulen, weil dadurch bestimmte Paragraphen des Vertrags von Versailles zur Sprache gelangen. Am 26. August: Keine Angriffe auf Sowjetrussland. Vorsichtige Kommentare zu den Nachrichten über die Hungersnot. Beschränkung auf das Zitieren ausländlischer Zeitungen, wenn sie sich über die kritische Lage in der SU äussern.

In einem Rundschreiben des Propagandaministeriums, das die Haltung der Presse gegenüber der Abrüstungskonferenz festlegt, wird eine Defintion der Aufrüstung gegeben, wie sie die Presse verwenden soll. Danach ist Aufrüstunng nicht die „Verwirklichung des Zustandes nationaler Sicherheit für Deutschland", der nach Artikel 8 des Völkerbundsstatuts garantiert wird und durch die Abrüstung der übrigen Mächte verwirklicht werden soll. Aufrüstung liege nur vor, wo das Mass der nationalen Sicherheit überschitten und ein Angriffskrieg möglich gemacht wird. Die Moral: die Aufrüstung Hitler-Deutschlands darf nicht Aufrüstung genannt werden.

Im gleichen Rundschreiben wird der Presse auch die neue Logik eigeprägt. Bei der Behandlung der deutschen Garantien der französischen Sicherheit mögen die Zeitungen auf — man rate! — die Friedensrede Hitlers vom 17. Mai d.J. im Reichstag hinweisen!

Die Stimme der Welt

Deutsche Objektivität!

Wir entnehmen dem „Vooruit" (den Haag):

„Weil unser Berliner Korrespondent keine Zulassungskarten zum Leipziger Prozess bekommen hat, müssen wir, was den Bericht über die Verhöre betrifft, mit den Telegrammen des Wolffbureaus vorlieb nehmen. Auf den ersten Blick sehen diese auch so objektiv aus, wie es sich gehört. Die gleichgeschaltete deutsche Pressagentur enthält sich jetzt jedenfalls der höhnischen Bemerkungen und der faschistischen Auesserungen, die im gewöhnlichen Telegraphendienst gang und gäbe sind. — Doch ist die Berichterstattung noch nicht so objektiv, wie man sie von einer Presseagentur erwarten muss. Der Berliner Korrespondent von „Het Handelsblad", der den Sitzungen in Leipzig beiwohnte, weist darauf hin, dass Dimitroff ihm mitgeteilt habe, dass man ihm keinen bulgarischen Rechtsanwalt zur Verfügung gestellt hat, obwohl er zwölf verschiedene Namen angegeben hat und dass man ihn fünf von den sechs Monaten seiner Voruntersuchungszeit Tag und Nacht an die Kette gelegt hat.

Ueber all diese Tatsachen, so fährt der Korrespondent fort, findet man nichts in den Berichten von Wolff. Daher muss man wohl annehmen, dass die Prozessberichte nicht mit der nötigen Objektivität zusammengestellt werden."

Gefängnis für Unschuldige.

Wir entnehmen der „Post Scripta" der „Haagschen Post":

„Der ganze Reichstagsbrand ist bis heute eine unbegreifliche Geschichte und wird es vielleicht immer bleiben. Eine Geschichte voller Widersprüche. Den Führern der Nationalsozialisten kam der Brand sehr gelegen, um Terror und Diktatur einführen zu können. Das steht fest. Doch warum haben sie es nur, wenn sie es schon getan haben, auf eine so ungeschickte Manier angefangen? Wir meinen damit eine Manier, die soviel Angriffe auf die Führer zuliess, dass bereits nach ein paar Tagen, nachdem sich die Welt von dem ersten Schrecken erholt hatte, überall die Frage laut wurde: Ist es wohl so, wie man es uns darstellt? Diese Frage veränderte sich allmählich in die dauernd allgemeiner werdende Ueberzeugung, dass es nicht so gewesen war, sondern ganz anders und dass ganz andere Menschen und Dinge dahinter standen und dass die eigentlichen Schuldigen oder jedenfalls die am meisten Schuldigen nicht die waren, die hinter Schloss und Riegel sassen, sondern gerade Verschiedene von denen, die frei herum liefen."

Freundschaft mit Hakenkreuz-Deutschland.

Wir entnehmen aus einem Hauptartikel der „Prager Presse":

„Es steht ausser Zweifel, dass die Pariser Presse die Nachricht vom Budapester Besuch Papens mit Ueberraschung und Verstimmung konstatiert hat. Ebenso wie auch in ungarischen Oppositionskreisen und in einem Teile der Presse mit Verstimmtheit und Protest einzelne Aeusserungen des deutschen Vizekanzlers aufgenommen wurden, da diese Kreise **die Freundschaft mit dem Hakenkreuz-Deutschland als eine schwere und überflüssige Belastung Ungarns betrachten.**

Papen sprach während seines Aufenthaltes in Budapest mit so grosser Aufrichtigkeit von den deutschen Expansionsbestrebungen, dass man es an offizieller ungarischer Stelle für besser hielt, die Veröffentlichung dieser Aeusserungen Papens zu verbieten. Und schliesslich empfing Herr Papen vor seiner Abreise die Vertreter der ungarischen Presse und betonte bei dieser Gelegenheit u.a., dass die nationalen Aspirationen Ungarns nur zu verwirklichen sind, wenn Ungarn **mit dem heutigen Deutschland Schulter an Schulter marschiere. Diese Äusserung Papens hat bei einem Teile der ungarischen Presse erst recht Protest ausgelöst, namentlich in jenen Kreisen, die es für verhängnisvoll halten, wenn es sich zum Verbündeten des heute so isolierten Dritten Reiches machen würde."**

Theater im Dritten Reich.

Adrien Mayer schreibt u.a. in „L'Etoile Belge":

„Die Physiognomie des Berliner Theaterlebens hat sich seit dem Kommen Hitlers sehr verändert. In allen grossen Kunststädten sind neue Namen aufgetaucht an Stelle derer, deren einziger Fehler es war, Jude zu sein oder nicht der Nationalsozialistischen Partei anzugehören. Die Politik übt in Deutschland einen starken Druck auf die Kunst aus. **Nazi sein oder verschwinden; eine andere Möglichkeit gibt es nicht.**

Jedenfalls, wenn Berlin noch einmal vollendete Aufführungen oder Konzerte herausbringen sollte, so wird es doch nicht mehr wie früher das Zentrum des Theater- und Musiklebens sein. Das ist jetzt in Wien, in Paris, in London und New-York und auch bei uns in Brüssel. **Das neue Régime hat Deutschland sein künstlerisches Primat geraubt."**

WIRTSCHAFT UND ARBEIT

Reichshaushalt und Finanzen

Einnahmerückgang bei Ausgabensteigerung

Täuschungsmanöver mit dem Haushaltsplan des III. Reiches

Die gleichgeschaltete deutsche Presse muss in diesen Tagen spaltenlange Mitteilungen der amtlichen Pressebüros veröffentlichen, in denen mit viel Worten und wenig Substanz behauptet wird, der deutsche Reichshaushalt befinde sich im Gleichgewicht.

Amtliche Veröffentlichungen des III. Reiches sind oft von einer grimmigen, natürlich ungewollten, Komik. So meldete kürzlich das Wolff-Telegraphen-Büro, der Reichsfinanzminister habe soeben die Erlaubnis zur Publikation des Reichshaushalts für das schon seit 6 Monaten laufende Rechnungsjahr 1933/34 gegeben; der Stand der Finanzen sei gut, und Einnahmen und Ausgaben befänden sich im Gleichgewicht. Auch der Nicht-Fachmann weiss, was es bedeutet, wenn eine Regierung ½ Jahr braucht, um ihren Etat so zu frisieren, dass er wenigstens eine begrenzte Öffentlichkeit irreführen kann; auch der Mann auf der Strasse weiss, dass ja schliesslich Einnahmen und Ausgaben noch immer auf dem Papier ins Gleichgewicht gebracht werden können, dass aber die Praxis ganz anders aussieht. Unter dem fluchwürdigen parlamentarischen System wurde jede Position des Etats eingehend besprochen und in breitester Öffentlichkeit diskutiert; trotzdem gelang es dem damaligen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, jetzigem Minister, eine „doppelte Buchführung" aufzumachen, dank derer dem Reichswehrministerium ungeheure Beträge (man denke an den „Phöbus"-Skandal!) zugeschanzt werden konnten, von denen oft nicht einmal der Reichstag erfuhr. Was ein Reichsetat wert ist, an dem irgend eine Kritik zu üben überhaupt verboten ist, kann man sich denken.

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit den Finanzen des III. Reichs? Auf der einen Seite finden wir einen rapiden Einnahmerückgang, auf der anderen eine sprunghafte Steigerung der Ausgaben. **Sieht man selbst von all dem ab, was die nationalsozialistischen Paraden, die Zwangspensionierung von Tausenden von Beamten und ihr Ersatz durch N.S.D.A.P. — Mitglieder kostet, so bleibt die Tatsache bestehen, dass die offen zugestandene Aufrüstung Deutschlands ungeheure Summen verschlingt. Die Arbeitsbeschaffungskredite gehen nicht nur in die hunderte, sodern in die tausende von Millionen; sie werden absolut à fond perdu gegeben, wie man das auch neuerdings ohne Weiteres eingesteht. Was an Steuern nicht eingeht, muss duch Anleihen gedeckt werden.**

Zunächst griff man zu dem Mittel kurzfristiger Anleihen; aber der Markt ist mit solchen Papieren derart verstopft, dass die Reichsbank sie genau so konsolidieren muss, wie z.B. die 2—3 Milliarden fälliger Gemeindeschulden.

Worin besteht die Konsolidation? Es gibt in Deutschland 2—3 Milliarden kurzfristige Gemeindeschulden; es gibt ferner kurzfristige Schulden des Reiches und der Länder, die am 30.IX.1932 letztmalig ausgewiesen wurden (die neuesten amtlichen Publikationen gehen sogar bis 31 März 1932 zurück!) und damals etwa 2½ Milliarden betrugen. Diese Zifer ist längst überholt; anderseits ist zu berücksichtigen, dass in ihr kurzfristige Auslandkredite enthalten sind, um deren Rückzahlung man sich infolge der Stillhaltung keine Sorgen macht. Rechnen wir also damit, dass rund 5 Milliarden RM kurzfristige Reichs-Land-oder Gemeindeschulden in langfristige Kredite umgegossen werden müssen — „freiwillig" natürlich, indem man den unglücklichen Gläubigern die Wahl zwischen einem fünfjährigen Vollmoratorium oder der Konversion lässt. Da die langfristige Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand etwa 12½Milliarden RM beträgt, bedeutet das eine 50%ige-Steigerung der konsolidierten Schuld. Natürlich wäre das unbedenklich, wenn die schwebende Schuld sich in gleichem Masse verringerte.

In Wirklichkeit war diese schwebende Schuld bereits untragbar geworden. Man hatte die Depositen der Banken und Sparkassen in starkem Masse herangezogen; aber die Kundschaft forderte infolge der Kapitalabwanderung durch „freiwillige" Abgaben, durch Löhne für zwangseingestellte Arbeiter, und vor allem infolge der erhöhten Preise speziell für die Rekordeinfuhren von kriegswichtigen Rohstoffen ihre Einlagen zurück. Die Banken und der Geldmarkt mussten entlastet werden; so kam man zur Konsolidierung. Wäre nun für die neu geschaffenen Anleihen ein wirklicher Käufer vorhanden, so würde durch dessen Käufe der Geldmarkt entlastet, tägliches Geld müsste billiger werden. Dass ein solcher Käufer nicht da ist, ergibt sich daraus, dass sich die Reichsbank ja Vollmachten hat geben lassen, um durch Ankauf alter Anleihen des Reichs, der Länder, Gemeinden und sonstiger Betriebe, an denen die öffentliche Hand interessiert ist — und sie ist heute über die durch Reichsbank, Golddiskontbank, Reichskreditgesellschaft, Dresdner Bank und deren zahllose Tochterinstitute gegebenen Kredite an allen Grossbetrieben interessiert — diese Anleihen zu stützen.

Das Kreditvolumen der Reichsbank müsste also insgesamt eine Erweiterung um mindestens 7—8 Milliarden RM erfahren.

Dass man die erworbenen Anleihen in die Notendeckung einbeziehen will, ist nicht viel mehr als ein Taschenspielertrick -man will wertlose Anleihen als Sicherung wertlosen Papiergeldes benutzen. Inflation ist das natürlich nicht — sagt wenigstens Herr Schacht, und sagt auch die deutsche Presse. Aber zwischen ihren Zeilen kann man erkennen, dass den Redakteuren nicht ganz wohl zu Mute ist, und selbst der alte Bankdirektor, der seit einem Menschenalter in der 1918 wie 1933 gleich gleichschaltungsbereiten „Bank" weise Lehren austeilt, stellt an Hand einer neckischen Parabel von braven Fischersleuten fest, man könne Kapital im Allgemeinen nur ersparen und nicht aus dem Boden stampfen. Der Ernst der Lage ist aber nicht zu verkennen: der „Mann auf der Strasse" glaubt, die Reichsbank tue nur das, was andere Notenbanken schon immer ohne Gefahr für die Währung tun.

In diesem Glauben wird er durch die Beobachtung bestärkt, dass deutsche Anleihen während der letzten Tage im Kurs etwas angezogen haben. Das ist aber nur selbstverständlich. Die Tatsache, dass überhaupt ein Käufer vorhanden ist, ruft natürlich die Spekulation auf den Markt, die billig einkauft in der Erwartung, in der Reichsbank einen stets bereiten Käufer zu finden. Diese Überlegung ist für den inlanddeutschen Spekulanten, der ja nicht aus der Reichsmark herauskann, richtig; ihm kommt es nur auf die Marge an. Der Ausländer aber, vor allem der Investor, sollte sich durch vorübergehende Kurssteigerungen nicht verführen lassen. Sobald einmal die Reichsbank mit dem beginnt, was sie scherzhafterweise „open market policy" nennt, was aber nur Inflation reinsten Wassers — auf einem kleinen Umweg allerdings — ist, muss sich die gesamtwirtschaftliche Lage Deutschlands weiter so stark verschlechtern, dass mindestens die Auslandnotierungen der deutschen Papiere erneut abflauen werden.

Neuer Wirtschafts-Feldzug

Vor weiteren Angriffen gegen Löhne und Arbeitslosenhilfe

Der Reichswirtschaftminister Schmitt hat Ende September vor der Betriebsgruppe Banken und Versicherung in München eine Rede gehalten, die ähnlich wie jene in Köln dem landläufigen Optimismus über die eingetrertene Wirtschaftsbelebung stark widerspricht. Zwar redete er auch davon, dass von den sechs Millionen Arbeitslosen eine Million in Arbeit gebracht worden sei, die auf Konto Konjunktur-Belebung zu buchen ist, aber er betonte doch, dass es sich bei der zweiten Million um die übliche Saison — Entlastung handle, die im Herbst und Winter wieder als Arbeitslose erscheinen.

Nach der wahrhaft salomonischen Offenbarung, dass die erste Milion die schwerste sei, verkündete Herr Schmitt den Willen der Reichsregierung, im Winter mindestens den jetzigen Stand der Beschäftigten zu halten. Das ist natürlich nur möglich, wenn der kommende Zugang an Arbeitslosen aus Saisongründen kompensiert wird durch neue Arbeitsbeschaffung. Diese Aufgabe soll das Herbstwirtschaftsprogramm erfüllen.

Was ist sein Inhalt? Man muss den Reichswirtschafsminister selbst hören: „Die Idee dieses Programms ist, noch vor Beginn des Winters eine Aktion durchzuführen, um die Arbeitslosenzahl noch mehr herabzudrücken."

Nun wissen wir also Bescheid. Die Arbeitslosigkeit wird dadurch vermindert, dass man die Arbeitslosenzahl herabdrückt. So ungefähr hat sich das der kleine Moritz auch vorgestellt.

Die Verminderung darf aber nicht nach amerikanischem Rezept erfolgen: durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung. Denn, so meint Herr Schmitt, „an die Einführung der 40-Stundenwoche darf man nur mit grösster Vorsicht herangehen. **Noch weniger kann von einem Lohnausgleich oder gar von einer Lohnerhöhung gesprochen werden, denn die deutsche Wirtschaft könne nur dann wieder zur Blüte kommen, wenn es gelingt, die Rentabilität jedes einzelnen wirtschaftlichen Unternehmens sicher zu stellen."** Nach altem, schlecht-bewährtem Rezept wird also eine neue Offensive gegen die Löhne beginnen. Ausserdem könne auch die ungeheure Steuerlast von der Wirtschaft nicht weiter getragen werden.

Die neue Offensive gegen die Löhne ist wirksam vorbereitet worden durch den erfolgreichen Generalangriff auf die Arbeitslosenhilfe. So verlogen alle statistischen Ausweise über den Rückgang der Arbeitslosigkeit sind, so sicher funktioniert der Entzug der Unterstützung im dritten Reich. An der Spitze marschieren dabei die Wohlfahrts-Erwerbslosen. Ihr prozentualer Anteil beim Entzug der Unterstützung ist am höchsten, obwohl es sich um jene Gruppe von Arbeitslosen handelt, die am schwersten in Arbeit zu vermitteln sind. Aber viel gravierender für die Tatsache, dass der Entzug der Unterstützung nicht auf Vermittlung in Arbeit beruht, sind folgende amtliche Feststellungen in der letzten Nummer des Reichsarbeitsblattes: **die Zahl der Arbeitslosen ist um 339.553 zurückgegangen, die Zahl der Unterstützungsempfänger dagegen um 450.781.** Und das sollte keine Leistung sein?

Nach dieser Probe wird es schon gelingen, die von Herrn Schmitt angekündigte Aktion durchzuführen und noch vor Beginn des Winters die Arbeitslosenzahl herabzudrücken. Die besten Lohndrücker sind immer hungernde Arbeitslose.

Doch das Geschäft bietet Herrn Schmitt offensichtlich noch andere Chancen. Wenn man an Arbeitslose keine Unterstützung zahlt, werden Mittel frei. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung steht in einer Blüte, wie sie die kapitalistischen Unternehmungen brauchen. Hohe Einnahmen, sinkende Ausgaben, da muss der Wirtschaftsminister vor Neid platzen. **Von April bis Juli erzielte die Reichsanstalt, obwohl sie Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge finanziert, einen Ueberschuss von rund 128 Millionen Mk.** Was soll das erst werden, wenn das Herbstwirtschaftsprogramm durchgeführt ist? Da wird es höchste Zeit, die Wirtschaft von der ungeheuren Steuerlast zu befreien.

Verluste von 25—30 pCt.

Hitler plant einen neuen Schlag gegen Mittelstand und Auslandsgläubiger

Von bestinformierter Seite erfährt die „Freie Presse", dass voraussichtlich noch im Oktober, jedenfalls noch im laufenden Jahre, eine Herabkonvertierung der gesamten deutschen Schuld um 25—30% erfolgen soll. Man wird die Gläubiger vor die Alternative stellen, sich „freiwillig" mit dieser Herabkonvertierung einverstanden zu erklären, oder auf den Ankauf ihrer Scrips durch die Golddiskontbank zu verzichten — was gleichbedeutend mit einem 50%-igen Zinsverlust wäre. Schacht wird die Herabkonvertierung damit begründen, dass auch Goldvaluten wie Dollar und £ sich um teilweise mehr als 25% entwertet hätten und ihre Schulden in entwerteter Valuta bedienten.

Bei dieser Argumentation wird nur verschwiegen, dass die genannten Länder ihren Schuldendienst pünktlich erfüllen, Deutschland aber seine Inlandanleihen zwangsweise in niedriger verzinsliche konvertiert hat, und die Auslandanleihen nur zu einem Bruchteile bedient. Zudem ist das weitere Schicksal der deutschen Anleihen völlig unsicher. Die Gemeinden haben bisher zum allergrössten Teil ihre Zinszahlunegen an die Konversionskasse überhaupt nicht geleistet: das Gleiche gilt von vielen grossen Industrieverbänden. Das Reich hat sich die gezahlten Beträge sofort wieder von der Konversionskasse zinslos zurückgeborgt.

Die geplante Neureglung bedeutet einen weiteren Schlag gegen den deutschen Mittelstand und die Auslandgläubiger, deren Rechte wieder einmal mit Füssen getreten werden. Wer etwa noch deutsche Anleihen besitzt, dem kann man nur den Rat geben, sie so schnell wie möglich zu verkaufen, ehe trotz aller Stützungsmanöver der Reichsbank die Kurse noch tiefer gesunken sind.

Zahlengaukelei

Trotz steigender Verelendung der breiten Massen lässt die deutsche Regierung von einer Steigerung des Arbeitseinkommens berichten

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung macht wieder einmal Reklame für den Glauben an die Konjunktur der deutschen Wirtschaft unter der Herrschaft der Hitlerdiktatur. Diesmal behauptet es in seinem Wochenbericht vom 6. Sept. eine Steigerung des Arbeitseinkommens um eine halbe Mrd. R.M. im ersten Halbjahr 1933. Das Institut macht sich seine Beweisführung sehr einfach. Es verfährt dabei wie ein Student, der im ersten Semester sitzt und eine statistische Erstlingsaufgabe durchführt und dabei selbstverständlich seine Freude am mengenmässigen Erfolg hat.

Den „grossen Erfolg" sieht das Institut darin, dass nach seiner Berechnung das Einkommen aus Lohn und Gehalt der Arbeiter und Angestellten im ersten Halbjahr von 6 auf 6,5 Milliarden Mark, also um 0,5 Milliarden Mark gestiegen ist. Man erfährt nichts weiter als die schüchteren Versuche des Instituts, die Ursachen dieser Einkommenssteigerung anzudeuten und zwar 1. durch die Zunahme der Zahl der Beschäftigten und 2. durch die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit bei den Industriearbeitern.

Nun ist die Steigerung der Beschäftigtenzahl in der deutschen Statistik eine Glaubensangelegenheit geworden. Immerhin sind Ziffern sehr aufschlussreich, die das Reichsarbeitsblatt vom 5. Sept. über die Steigerung der Beschäftigtenzahl veröffentlicht. Hiernach betrug die Zunahme der Beschäftigten gegenüber dem Vormonat: April 4.1 %, Mai 3,8, Juni 1,0. Auch im Juli und August setzt sich das Sinken der Zunahme der Beschäftigtenzahl weiter fort. Wenn das J.f.K. also etwas beweisen will, dann **muss es die Tatsache zugeben, dass das nominelle Arbeitseinkommen parallel der Beschäftigtenzahl seit April dieses Jahres ganz erheblich gefallen ist.** Die Behauptung des J.f.K., die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit habe das Wachsen des Arbeitseinkommens verursacht, beruht vermutlich auf der Unkenntnis seiner eigenen Ziffern. Denn nach den eigenen Angaben des Instituts hat sich die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit in Arbeitsstunden für die gesamte Industrie seit Mai ununterbrochen verringert.

Das Arbeitseinkommen ist saisonmässigen Schwankungen unterworfen: Es steigt und fällt unter den jahreszeitlichen Einflüssen der Wirtschaft. So ist im Vorjahre das Arbeitseinkommen ebenfalls im 1. H.j. um 0,3 Milliarden Mark gestiegen. Berücksichtigt man also den saisonmässigen Inhalt der Steigerung des Arbeitseinkommens im 1. H.j. 33, dann bleiben noch 0,2 Milliarden Mark konjunktureller Zuwachs. Es lässt sich schlecht beweisen, was daran wahr und geschwindelt ist, **denn die Konjunktur ist in Deutschland ein nationalsozialistischer Glaubensartikel und kein wirtschaftlicher Vorgang.**

Die ganze Lächerlichkeit der wissenschaftlichen Arbeitsmethode des J.f.K. offenbart sich, wenn man bedenkt, das auch noch nicht einmal der Versuch unternommen wird, das beträchtliche Sinken 1. des gesamten realen Arbeitseinkommens und 2. des nominalen und realen Arbeitseinkommens des einzelnen Lohn- und Gehaltsempfängers anzudeuten. Der Beweis für diese Behauptungen lässt sich ohne Schwierigkeiten führen: die Kosten der Lebenshaltung sind in den letzten Monaten beträchtlich gestiegen und haben die Kaufkraft der Löhne gesenkt, die Übertarife sind abgebaut worden, Tarife werden in vielen Fällen nicht bezahlt und Lohn und Gehalt werden durch verschiedene Zwangsabgaben gekürzt, die statistisch überhaupt nicht erfasst werden. Der Stundenlohn eines Industriearbeiters wird vom Institut für August d.J. in der gleichen Höhe ausgewiesen, wie für den Beginn des Jahres. Hier ist der Schwindel mit den Ziffern faustdick aufgetragen. Legt man die 6,5 Milliarden Mark Arbeitseinkommen im 2. Teil des Vorjahres um auf die Zahl der beschäftigten Lohn- und Gehaltsempfänger und ebenfalls die 6,0 Milliarden Mark für das 1. Vj. 33, dann ergibt sich ein Sinken des Nominaleinkommens jedes Beschäftigten.

Die offensichtlichen Fehler und Widersprüche in den statistischen Angaben dieses wissenschaftlichen Instituts berechtigen zum grössten Misstrauen in die Arbeitsmethoden und ihre Ergebnisse. Trotz der konjunkturellen Reklame des deutschen I.f.K. für den deutschen Faschismus hat man Zweifel bei all seinen Veröffentlichungen.

Die Lage der Landwirtschaft in Deutschland

Erntefest und Wirklichkeit

Die Ernte 1933 ist jetzt in den meisten Gebieten Deutschlands unter Dach und Fach gebracht. Sie ist im Grossen und Ganzen aussergewöhnlich gut geraten. Ein Ueberschuss über die Verbrauchsvorräte, wie er in den letzten Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist, drückt auf den Markt. Die Preise fallen.

Er ist nicht ersichtlich, wie die Regierung Hitlers dieser neuen drohenden Preiskatastrophe der Landwirtschaft entgegentreten will. Bereits in kürzester Zeit wird der deutsche Markt die ersten Zuckungen der kommen den Landwirtschaftskrise zu spüren bekommen.

In den bäuerlichen Massen beginnt es zu gähren. Der Bauernstand ist Hitlers stärkste Stütze. Wankt diese Stütze, dann fragt es sich, ob die angestrebte Verlagerung der Macht nach der Arbeiterseite hin gelingt oder stark genug ist, die Hitlerherrschaft weiter zu stützen.

Mit Recht fragt sich der Bauer, was Hitler für den Bauernstand geleistet hat. Acht lange Monate Hitlerregierung — und kein Ende der Not sondern drohende Verschärfung derselben. Vor dem Regierungsantritt höhnten die Nazis den „Novemberparteien und der Republik" wegen der Steuerpolitik. Keine der die Landwirtschaft drückenden Steuern ist beseitigt oder gemildert. Nach wie vor erhebt Hitler und Goering die von den vorherigen Regierungen eingeführten Steuern wie die Salzsteuer, Umsatzsteuer, Schlachtsteuer, Grundvermögensteuer, Gemeindesteuer, Hauszinssteuer, Bürgersteuer usw.

Von allen diesen Steuern drücken die Schlachtsteuer, Bürgersteuer, Umsatzsteuer sowie die Grundvermögens-und Gemeindesteuern die Bauern am stärksten.

Mit Recht fragt sich jeder Bauer beim Steuerzahlen: Wo bliebt die Steuererleichterung?

Kommt nun noch die weitere Verschärfung der Preiskrise, gehen die Einnahmen weiter hinter die Ausgaben zurück, dann ist unzweifelhaft der Zeitpunkt nicht fern, da dem Bauern die ohnehin gespannten Nerven durchgehen und er rebelliert.

Dann hilft Hitler alles Gefasel von Blut und Boden nichts, die Bauern werden mit der Waffe in der Hand oder durch passive Resistenz schon den zu Fall zu bringen wissen, der sie wie in Jahrhunderten zuvor keiner belogen und betrogen hat.

Alltag im Dritten Reich

Die Molkereigenossenschaft Schotten erklärt, jedes Mitglied auszuschliessen, das geschäftliche Beziehungen zu Juden unterhält.

•

Der Stabschef Röhm erliess einen Aufruf gegen das Muckertum. In ihm wird gegen die „unsinnige Zumutung" protestiert, der Frau Vorschriften für den Badeanzug, das Rauchen, Pudern und Schminken zu machen. Der SS und SA sei verboten, sich zum Handlanger verschrobener Moralästheten herzugeben und in dieser Richtung Aktivität zu zeigen. Die „nationale Revolution" sei nicht von Spiessbürgern, Muckern und Sittlichkeitsaposteln sondern von rauhen Kämpfern gewonnen worden.

•

Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wurde für preussische Lehrer der erste Rasselehrgang eröffnet.

•

In der Nähe des Arbeitsdienstlagers Lebbin auf der Insel Wollin bei Swinemünde wurden der Führer und der Koch des Lagers erschossen aufgefunden.

•

In Wettenscheid wurde wieder ein Kommunist „auf der Flucht" erschossen.

•

Der frühere preussische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer ist in ein Konzentrationslager überführt worden, nachdem man ihn nach seiner Rückkehr aus dem Saargebiet auf dem Meldeamt in Essen verhaftet und im Triumpfzug durch die Strassen geschleift hatte.

•

In der abgelaufenen Woche sind etwa 60 Regierungsbeamte vom Landrat aufwärts pensionslos abgebaut worden. Es handelt sich durchweg um Beamte, die zu Beginn der „nationalen Erhebung" zur Disposition gestellt waren.

•

Der Oberbürgermeister Dr. Lehr (Düsseldorf) ist wegen lebensgefährlicher Erkrankung vom Gefängnis in ein Krankenhaus überführt worden.

•

Der Landrat a. D. Ulitzka wurde in Oppeln von der Korruptionsstrafkammer zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

•

Der Reichswirtschaftsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichspropagandaministerium eine Eingabe aus Handel und Industrie dahin beantwortet, dass eine Unterscheidung zwischen arischen, nichtarischen und nichtreinarischen Firmen zu einem wirtschaftstötenden Boykot führen müsse und deshalb zu unterbleiben habe.

•

Das Sondergericht für die Pfalz hat den katholischen Pfarrer Wagner aus Kaiserslautern vom Vorwurf der Regierungsbeleidigung freigesprochen. Er wurde aus der Schutzhaft entlassen.

•

Der preussische Minister für Justiz, Kerrl, fordert strafrechtliche Verfolgung der Mischehen.

•

Der Bremer Bürgermeister Markert teilt mit, dass der Boykott schon jetzt zum Erliegen der Bremer Wahrenhausbetriebe zu führen drohe. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sie wichtiger als der geheime und offene Boykott gegen die Warenhäuser.

•

Die Staatspolizeistelle Dortmund erlässt einen Aufruf, in dem gesagt wird, dass verschiedentlich in Lokalen Auseinandersetzungen durch christliche Mädchen hervorgerufen worden seien, die mit Juden tanzten. Auch hätten sich Eltern bei der Polizei beschwert, dass ihre Söhne und Töchter mit Jüdinnen und Juden verkehren. Die Polizei sei nicht gewillt, diesem Zustand tatenlos zuzusehen, sondern werde „solche verantwortungslose Volksgenossen in Schutzhaft nehmen, um ihnen die Schwere ihres Vergehens zum Bewusstsein zu bringen".

•

Weil angeblich Kommunisten in Krefeld die Hitlereiche beschädigten, ordnete der Polizeipräsident an, allen marxistischen Gefangenen für drei Tage das Mittagessen zu entziehen. Die Strafe soll auch alle jene treffen, die im Laufe des Monats Oktober noch verhaftet werden.

•

In Berlin wurde gegen 54 Kommunisten Anklage wegen Ermordung des berüchtigten Sturmführers Maikowsky vom Mordsturm 33 und des Polizeiwachtmeisters Zauritz erhoben.

•

146 Erlasse über Strafvollstreckung und Gnadenrecht sind durch die Verschärfung des Strafvollzuges aufgehoben worden.

•

Am 14. Oktober findet in Berlin ein nationalsozialistisches Herbsttanzfest statt, wobei die Wandlung gezeigt werden soll, die sich im nationalsozialistischen Staat auf dem Gebiete des Tanzes vollzogen hat".

•

Aus allen Handwerkskammern sind die als Vertreter der alten freien Gewerkschaften berufenen „marxistischen Gesellen" entfernt worden.

•

In Harburg wurden 18 sozialdemokratische Funktionäre wegen illegaler Betätigung verhaftet.

Die Lage des Metallerzbergbaus hat sich erheblich verschlechtert.

•

Die Landwirtschaft ist von der Arbeitslosenversicherung befreit worden. Damit verschwinden die Landarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung. Der nächste Termin der Arbeitslosenzählung wird also widerum eine „riesige Minderung" der Arbeitslosigkeit bringen, dadurch, dass man die am Ende der Erntearbeiten arbeitslos gewordenen Landarbeiter in der Arbeitslosenstatitik einfach nicht mehr in Erscheinung treten lässt.

•

In Wanne-Eickel wurde auf einen SA-Truppenführer ein Mordanschlag verübt. Das Opfer wurde schwer verletzt.

Die Stadtverordneten in Schmalkalden beschlossen, dass aller amtliche Schriftwechsel, alle Druckschriften, Strassenschilder, alle Publikationen der Stadt nur mehr in deutschen Buchstaben geschrieben sein dürfen.

•

Die Stadt Berlin hat aus Mitteln der Arbeitsbeschaffung für zehn Jahre ein zinsfreies Darlehen von sechs Millionen Mark zum Bau von Gasschutzkellern erhalten.

•

Für den Neubau des Bürogebäudes der Reichsbank sind 30 Millionen Mark bereitgestellt worden.

•

Der preussische Beamtenbund hat seine Auflösung und Liquidation beschlossen.

•

An die Stelle der Gemeindeparlamente soll nach einem in Vorbereitung befindlichem Gesetz ein Führerrat treten.

Nach verhältnismässig kurzem Erscheinen ist die

FREIE PRESSE

in allen Landesteilen Hollands und in den folgenden Ländern fest eingeführt:

Belgien	Frankreich	Polen
Danzig	Jugoslavien	Rumänien
Dänemark	Lettland	Schweden
Elsass-Lothringen	Litauen	Schweiz
England	Luxemburg	Spanien
Estland	Norwegen	Syrien
Eupen-Malmedy	Oesterreich	Tschechoslovakei
Finnland	Palästina	Vereinigte Staaten

An unsere Leser richten wir die Bitte, bei Zeitungshändlern, Buchhandlungen und Zeitungskiosken dieser Länder die „Freie Presse" anzufordern. Bitte machen Sie uns Mitteilungen, falls unsere Zeitung irgendwo noch nicht zu haben ist.

VERLAG FREIE PRESSE - AMSTERDAM-C. HEKELVELD 15

An die deutschen Arbeitersportler

Die nach Aussig verlegte Zentrale des Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes schreibt:

Deutsche Arbeitersportler!

Der Faschismus hat mit brutaler Gewalt die deutschen Arbeitersportverbände vernichtet. Das gesamte Vermögen der Organisationen im Werte von über 50 Millionen Mark ist gestohlen worden. In mühevoller Arbeit habt Ihr Turnhallen, Spielplätze, Schwimmhallen und Unterkunftshäuser geschaffen. Alles ist geraubt worden. Unsere stolze Schule, die nur durch Eure Opferwilligkeit gebaut werden konnte, ist S.A. Kaserne. In wenigen Tagen nach der Besetzung waren bereits die meisten Gebrauchsgegenstände gestohlen. Eure Führer hat man in Schutzhaft gesetzt, persönliches Eigentum hat man ihnen gestohlen.

Euch verbietet man, Leibesübungen zu betreiben, weil Ihr Marxisten seit. Marxist sein heist Mensch sein, Faschist sein heist Untermensch sein. Zwischen beiden Welten zu wählen, dürfte Euch nicht schwer fallen.

In einigen Städten versucht man, mit Hilfe unserer Funktionäre unsere Vereine gleichzuschalten. Wir bedauern den Verrat am Arbeitersport. Gleichschaltung bedeutet: Ueberführung der Arbeitersportler in das Lager der Faschisten. Gleichschaltung bedeutet Verrat am Arbeitersport. Wir müssen deshalb mit allen Mitteln den Versuch der Gleichschaltung bekämpfen. So wie wir bei unseren sportlichen Uebungen den Kampf geliebt haben, so lieben wir auch den Kampf gegen unsere Unterdrücker.

Wir begrüssen, dass sich die Arbeitersportler von Danzig und aus dem Saargebiet selbständig gemacht und den Kampf gemeinsam mit uns aufgenommen haben. Wir begrüssen sie als unsere Kampfgenossen.

Deutsche Arbeitersportler!

Nicht Sport ist jetzt die Hauptsache, sondern Organisierung des Widerstandes gegen die Vernichter unserer Organisationen. Um diesen Kampf siegreich führen zu können, haben wir die Zentrale des deutschen Arbeitersportes nach

Aussig an der Elbe, Bahnhofsplatz 1

verlegt.

Wir grüssen Euch von dieser neuen Kampfstelle und rufen Euch zu:

Es lebe die Arbeiter-Sport-Internationale.

K. Bühren.

Zur Verdeutschung des Gottesdienstes sollen nach einer Forderung des evangelischen Pressedienstes aus Königsberg für „Amen" die Worte" das walte Gott" und für „Halleluja" die Worte „Lobe den Herrn" eingeführt werden. Amen.

•

Jn Meldorf in Holstein wurden einige Männer verhaftet, die angeblich einen Mordanschlag gegen nationalsozialistische Führer geplant haben sollen.

•

Die nordbayrischen Kinobesitzer wurden in Nürnberg zur Treue für Adolf Hitler vereidigt, indem sie ein Treugelöbnis dem Reichszellenleiter Johnson nachsprechen mussten.

•

In Braunschweig wurde der SA-Mann und Hilfspolizist Schafranski hingerichtet. Er hat den SA-Mann Bosse ermordet und beraubt.

•

Die fälligen Betriebsrätewahlen wurden auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Regierung begründet ihren Schritt damit, dass jetzt alle Aufmerksamkeit auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu konzentrieren sei ...

Alle einschlägige deutsche Literatur
erhalten Sie gut und billig bei
J. EMMERING UNIVERSITEITSBOEKHANDEL UND ANTIQUARIAAT
ROKIN 102 — AMSTERDAM
Tel. 33928 — Postgiro No. 2746
132—25

UM 10 JAHRE JÜNGER!
sehen Sie aus, wenn Ihre grauen Haare durch das bewährte biologische Haarstärkungswasser ENTRUPAL auf natürl. Weise die frühere Farbe wieder erhalten. Entrupal, ges. gesch., führt den geschwächten Haarwurzeln die verbrauchten Pigmente (Farbstoffe) zu. Fehlfarben ausgeschlossen. Kopfschuppen und Haarausfall verschwinden nach kurzem Gebrauch. Garantiert unschädlich. Prospekt kostenlos. Per Flasche f 3.10.
JAN SOL'S VEREEN. APOTHEKEN
ROZENGRACHT 29 — R. HARTSTRAAT 74.
Depôts: LINNAEUS-APOTH. — WIJTTENBACHSTRAAT 10.
A'DAM. MINERVA-APOTH. — MARTELAARSGRACHT 13.
Bei jedem Apoth., Drog. und groszen Friseur Gesch.
2—30

Oberrealschullehrer in Amsterdam
übernimmt die Vorbildung deutscher Schüler für den Besuch holländischer Schulen. Anfragen unt. chif. S.L.R., Nijgh & v. Ditmar's Ann.-Exp., AMSTERDAM (Holland).
164—14

HOLLANDISCHE SPRACHE.
Einwandfreies Sprechen und Schreiben. Angenehme, intelligente, individuelle Methode. Billige Preise. Anfragen an Schrijver, p.a. de Winter, Deurloostraat 127 II, Amsterdam-Zuid.

Welcher Ausländer wünscht in gebild. Isr. Haushalt Aufnahme als
PAYING GUEST.
Br. Nr. 163, Bur. Freie Presse.

Erschienen:
LION FEUCHTWANGER
DER JÜDISCHE KRIEG
Broschiert ..... f 2.75
In Leinen ..... f 3.25
ALFRED DÖBLIN
JÜDISCHE ERNEUERUNG
Broschiert ..... f 1.—
In Leinen ..... f 1.50
BEI JEDER BUCHHANDLUNG ERHÄLTLICH.
QUERIDO-VERLAG
KEIZERSGRACHT 333 — AMSTERDAM-C.
12—100

Kameraden!
Da Sie jetzt den Kontakt mit Ihren Kooperationen verloren haben, können Sie dieses Band erneuern, wenn Sie Konsument werden bei der
Coöperatie Samenwerking
Hauptstelle Tolstr. 61, Amsterdam
Kaufen Sie in unseren Geschäften
Ihr Brot
Ihre Kolonialwaren
Ihre Brennstoffe
und
Ihre Kartoffeln
Der Vorstand

2te Handbuchhandlung „Antiquariat"
Ein- und Verkauf von allen Sorten BÜCHER.
Spezielle Adresse für 2te Hand Studienbücher.
E. MOSSEL
WETERINGSCHANS 173, AMSTERDAM. TEL. 34662

HOLLANDSCHE DASSEN-INDUSTRIE
M. BIALER — ROTTERDAM
Import — Engros — Engros
FABRIEK: HUGO DE GROOTSTRAAT 107
MAGAZIJNEN: GED. BINNENROTTE 134
4—30

EINE GUTE STIMMUNG
bekommen Sie, wenn wir Ihr Piano stimmen. Eigene Reparaturwerkstatt, gratis Untersuchung. Einige wenig gespielte Pianos billig abzugeben.
KLEERKOOPER's Pianohandel Anno 1907
A'DAM. CEINTUURBAAN 243. — TELF. 22544.
10—20

REDAKTION: AMSTERDAM-C., HEKELVELD 15
FERNSPRECHER: 32600

VERLAG: AMSTERDAM-C., HEKELVELD 15
FERNSPRECHER: 32600, POSTGIRO 21876